

Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei C. J. Alrici & Co.,
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Streisand,
in Reserich bei H. Matthias,
in Breschen bei J. Jadesohn.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. J. Daube & Co.,
Haafenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidendank“.

Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Nr. 291.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4/5 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 27. April.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
6 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Abonnements auf die Posener Zeitung für die Monate Mai und Juni werden bei allen Postanstalten zum Preise von 3 Mk. 64 Pfg., sowie von sämtlichen Distributoren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 3 Mk. entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergehen aufmerksam machen.

Den neu hinzutretenden Abonnenten wird der Anfang des Romans „Hanka“ von Dr. Max Ring unentgeltlich nachgeliefert.
Expedition der Posener Zeitung.

Das Schicksal des Krankenversicherungs-Gesetzes.

Der „Schritt ins Dunkle“, wie die Annahme des allgemeinen Versicherungswanges selbst von Anhängern desselben bezeichnet wurde, ist gethan. Nach dreitägiger Debatte hat der Reichstag die ersten grundlegenden Paragraphen der Kommissionsvorlage und sodann noch ein Duzend andere mit sehr großer Mehrheit angenommen. Damit ist, falls nicht ganz Unwartetes dazwischen kommt, das Zustandekommen des Gesetzes in fast unveränderter Fassung entschieden.

Die Zwangsrichtung hat gefiegt, sogar glänzend gefiegt, denn alle Parteien, mit alleiniger Ausnahme der Fortschrittspartei und des größeren Theils der Sezessionsisten, stimmten für den § 1 der Vorlage. Zwar räumen auch die Gegner ein, daß die bedeutendsten Redner der Minorität ihre Anschauungen mit großer Sachkunde, Klarheit und Schärfe vertreten haben, aber ihre Niederlage war durch die vorangegangenen Fraktionsbeschlüsse bereits besiegelt, und es bleibt ihnen nur die Genugthuung, vor dem Schritt ins Dunkle eindringlich gewarnt und die schwerwiegenden Bedenken gegen den eingeschlagenen Weg vor ihren Wählern und vor allen Dingen vor den Arbeitern eindringlich dargelegt zu haben. Ob sie Recht gehabt, wird die Zukunft lehren.

Auf drei Punkte konzentrierte sich der hauptsächlichste Kampf. Der erste war die tatsächliche Begründung des allgemeinen Versicherungswanges. Gerade weil es sich hier um Thatfachen und Ziffern, nicht um mehr oder weniger subjektive Ansichten handelte, gelang es den liberalen Rednern, die Argumente, welche besonders der Vertreter der Reichsregierung, Geh. Rath Lohmann geltend machte, wirksam zu entkräften. Die geringe Zahl, sowohl der Hilfsklassen-Ortsstatute, welche die Gemeinden erlassen, als auch der eingeschriebenen Hilfsklassen, zu denen die Arbeiter sich freiwillig zusammenschließen, sollten die gänzliche Unwirksamkeit des bestehenden Gesetzes, und damit die Nothwendigkeit des allgemeinen Zwanges, beweisen. Dagegen vermochten nun die Abgeordneten Richter und Dr. Girsch den zahlenmäßigen Nachweis zu führen, daß die offiziellen Angaben lückenhaft und theilweise irthümlich und daß sie, so weit an sich richtig, doch falsch beleuchtet und angewendet waren. Die Resultate, die man als höchst geringfügig hingestellt hatte, ergaben sich durch die Hinzurechnung der großen Zahl freier, noch nicht eingeschriebener Hilfsklassen u. s. w., sowie durch die Berücksichtigung der kurzen Zeit und der höchst schwierigen Verhältnisse als über Erwarten bedeutend, und vor Allem zeigte sich in dem letzten Berichtsjahr, 1881, eine so außerordentliche Progression, daß als Endergebnis nicht die Unwirksamkeit, sondern der glänzendste Erfolg der freien Hilfsklassen-Gesetzgebung von 1876 offenbar wurde.

Der zweite Punkt war die Gemeindeversicherung, die unglückliche Folge des Versicherungswanges. Sie wurde von den Befürwortern der Vorlage nur als ein Mittel dargestellt, um die Arbeiter zum Eintritt in organisierte Massen zu nöthigen. Dem gegenüber machten die liberalen Redner mit Recht geltend, daß diese Wirkung mindestens eine höchst zweifelhafte sei, und daß die Gemeindeversicherung auf jeden Fall in der großen Mehrzahl der 80,000 Gemeinden des Reiches dauernd Platz greifen werde. Damit würde aber das gerade Gegentheil einer ausreichenden und zweckmäßigen Versicherung eingeführt; es würde durch diese Versicherung, welche jede auch nur denkbare Mitwirkung der versicherten Arbeiter ausdrücklich ausschließt, ein direkter Gegensatz zum Prinzip der korporativen Genossenschaft eingeführt, das selbst von der kaiserlichen Hofkapelle als alleiniger Anker der sozialen Reform anerkannt worden; es werde dadurch endlich die Versicherung gänzlich in Armenpflege verwandelt, die Arbeiter herabgewürdigt,

die Kommune und deren Steuerzahler schwer und ungerecht belastet.

Der dritte und vielleicht entscheidendste Punkt endlich war das Verhältnis zwischen Kranken- und Unfallversicherung. Hier handelt es sich um die Abwälzung der ersten dreizehn Wochen, gleich 97 Prozent aller Betriebsunfälle, von der Unfall- auf die Krankenversicherung, d. h. von den Arbeitgebern auf die Arbeiter und Steuerzahler. Diese ungerechteste aller Bestimmungen ist zwar in der Krankenversicherungsvorlage nicht direkt enthalten, aber sie ist durch dieselbe keineswegs ausgeschlossen und soll nach dem ausgesprochenen Willen der Regierung durch das Unfallgesetz in Kraft treten, trotz eindringlichen Protestes der Arbeiter und ihrer Freunde. Durch das Krankenversicherungs-Gesetz ist, mit wenigen Ausnahmen, der Boden für diese Abwälzung, besonders auch durch die Aufhebung der Karenzzeit, zubereitet. Durch die Annahme dieses Gesetzes wird also indirekt auch die Annahme jener Maßregel ausgesprochen.

Wir haben hier nur das Hauptsächliche aus den dreitägigen Debatten hervorgehoben und müssen im Uebrigen auf den Parlamentsbericht verweisen. Schon das von uns Angeführte dürfte genügen, um zu zeigen, von wie weittragender Bedeutung die getroffene Entscheidung ist, welche alle sachlichen Bedenken, alle Proteste aus den Arbeiterkreisen selbst nicht abzuwenden vermocht haben. Noch besteht freilich ein nicht unerheblicher Differenzpunkt zwischen der Reichsregierung und der Reichstags-Majorität: die Versicherungspflicht der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, welche der Reichstag entgegen der vom Bundesrathstische aus abgegebenen Erklärung mit großer Mehrheit angenommen hat. An dieser Klippe wird man aber schließlich das Gesetz nicht scheitern lassen.

Die Erklärung des Kultusministers gegenüber dem Windthorst'schen Antrage.

Zur Ergänzung unseres Parlamentsberichts über die Mittwoch-Sitzung des Abgeordnetenhauses geben wir nachstehend die hebeutende Erklärung des Kultusministers nach dem ausführlichen Bericht der „Post“:

Kultusminister v. Söller: Der Vorredner hat seine Ausführungen mit der Erwartung und dem Wunsche geschlossen, daß die Staatsregierung eine entgegenkommende Erklärung abgeben werde. Ich bin bereit, dies zu thun; in meinem Gerechtigkeitsgefühl wird er mir aber so viel zugesprochen, daß, wenn Einer sie mir ersichert, er es gethan hat, weil er so viel Differenzpunkte aufgeworfen hat. (Widerspruch im Centrum, Zustimmung rechts.) Aber da er bereits die gute Eigenschaft an mir gerühmt hat, deren ich mich in der Diskussion im Herrenhause fähig gezeigt habe, so will ich seine gute Meinung rechtfertigen und den Weg, den ich mir vorgezeichnet habe, fest innezuhalten, ohne auch nur im Geringsten auf diese Angriffe und Verlockungen in der Rede einzugehen. Der Herr Vorredner hat selbst anerkannt, daß die Diskussion des Antrages keine freie sei, sondern durch die Situation beherrscht werde, in der wir uns befinden. Er geht zwar über dieses Gebiet hinweg, indem er sagt, er habe zu der diplomatischen Aktion kein oder nur sehr geringes Vertrauen. Das mag ja sein für die Person des einzelnen Abgeordneten, aber im Parlament werden Sie in der Gesamtheit diese Auffassung nicht als begründet und gegeben anerkennen, und jedenfalls nicht für die Regierung. Sie Alle wissen ja, daß die diplomatischen Unterhandlungen, die gegenwärtig in voller Lebendigkeit sich bewegen, eingeleitet sind durch einen Briefwechsel von Souveränen, nicht etwa einen allgemeinen Höflichkeitsaustausch von Aeußerungen, sondern der in kurzen Worten ein ganz erkennbares Programm enthält. Es ist ja den Herren für ein selbständiges Urtheil Gelegenheit gegeben, denn der erste Brief Sr. Heiligkeit, das Schreiben unserer Majestät vom 22. Dezember, das Antwortschreiben vom 13. Januar und die Note vom 19. Januar sind ja zu Ihrer Kenntnis gekommen. Wenn also das Materielle der Verhandlungen so deutlich abgeklärt ist, so steht es doch immerhin ein gewisses Selbstvertrauen in das eigene Urtheil voraus, wenn man einfach sagt, man habe kein Vertrauen. Ist denn damit die ganze Angelegenheit abgeschlossen? Ist es denn nicht bekannt aus den Publikationen in Rom und Berlin, daß auf die Note Antworten erfolgt sind? Ist es nicht bekannt, daß auf die Erwiderung der preussischen Regierung vor acht Tagen eine erneute Antwort seitens der römischen Kurie hier eingegangen ist? Was soll die Regierung thun? Soll sie die Note hier vor Ihnen beantworten? Der Vorredner und seine Parteigenossen haben immer auf's Bestimmteste betont und gewünscht, die Regierung möge erst verhandeln; jetzt, wo sie es thut, wird gesagt, Sie haben kein Vertrauen. Das sind Widersprüche oder doch vielmehr Birkel (Unruhe im Centrum). Die Aeußerungen des Vorredners wären ja verständlich, wenn die letzte Note die Verhandlungen als dem Abschlusse nahe bezeichnete. Ich weiß nicht, ob er sie kennt; auf die Regierung hat sie den Eindruck nicht gemacht. Es wird Sie interessieren und ich bin ausdrücklich ermächtigt, zu erklären, daß bereits auf die letzte Note eine Antwort redigiert ist, verfaßt vom Reichsfkanzler in vollem Einverständnis mit dem Staatsministerium, die gegenwärtig zur Entschlußfassung Sr. Majestät vorliegt. (Bewegung im Centrum). Wenn nun nach dieser ganzen formellen Lage diese parlamentarische Aktion neben und vielleicht mit Ausschluß der diplomatischen erscheint, so möchte für die Regierung die Schwierigkeit noch durch den materiellen Inhalt des Antrages. Denn dieser umfaßt und betrifft das Gebiet, auf welchem gegenwärtig die Verhandlungen schweben. Nehmen Sie an, der Antrag von heute würde Gesetz; was wäre die Folge? Für die beiden paßierenden Mächte würde das ganze Verhandlungsgebiet sofort schwinden, denn er umfaßt voll und ganz das Gebiet der Anzeigepflicht, das Thema, welches in dem Hand-schreiben des Kaisers bezeichnet ist als dasjenige, auf welchem eine Verständigung möglich ist. In dem Moment, wo dieses Band zerschnitten wird, ist überhaupt die Diskussion zwischen ihnen gar nicht mehr möglich. Der Staat wird sich dann einfach zum polizeilichen

Wächter der katholischen Kirche gegenüber machen, und die Kurie hat augenblicklich nichts in der Hand, um dasjenige zu erreichen, was sie auf anderen Gebieten, also auch auf dem der Benennungspflicht erhofft. Wir dagegen würden in Verlegenheit kommen, ganz neue Objekte, ganz neue Bahnen zu finden. — Um einen weiteren Beweis von meiner Gesinnung zu geben, will ich in eine eingehende Kritik des Antrages nicht eintreten. Ich verweise auf die Erklärungen der Staatsregierung von 1880 und 1881. Aber selbst vom Standpunkt der Kurie aus — und über diesen bin ich doch einigermaßen unterrichtet — würde es nicht ganz leicht sein, sich mit dem Antrag abzufinden, denn wenn er Gesetz würde, so würde er die ganze katholische Geistlichkeit auf die Missionstätigkeit hindrängen; und welche Schwierigkeiten würden ihren Priestern entstehen? Sie würden zwar Messe lesen, aber nicht predigen können, sie dürften zwar Sakramente spenden, aber nicht Seelsorge üben können. (Unruhe im Centrum.) Das sind Schwierigkeiten, welche den Ausübenden des Gesetzes Pflichten und Aufgaben stellen, welche zu erfüllen kaum im Rahmen der Macht eines Menschen möglich sind, der überhaupt mit Zeit und Raum zu rechnen hat. Indem ich also den Weg, den die Herren zu geben geneigt sind, für ungangbar erkläre, will ich ausdrücklich anerkennen, daß in dem Ziele, die Nothstände zu beseitigen, welche für die Katholiken auf dem Gebiete der Seelsorge in Folge des preussischen Kirchenkonflikts bestehen, die Regierung mit den Antragstellern sich begegnet. Herr von Schorlemer ließ in seiner Begründung durchleuchten, als ob die Staatsregierung der Befriedigung dieser kirchlichen Bedürfnisse unzugänglich sei. Ich will die Diskussion nicht vertiefen, weil die Vertiefung sehr leicht zu einer Veräufelung führt, aber das möchte ich doch ihm gegenüber erwähnen, daß so weit doch die Berechtigung zur Anerkennung gelangen muß, daß man nicht sage, das Maßgesetz von 1873 stelle die Spendung der Sakramente unter Strafe. Es stellt nur unter Strafe die Ausübung von Amtshandlungen entgegen gewissen Vorschriften. (Gelächter im Centrum und rechts.) Meine Herren, Sie müssen doch die Güte haben, anzulassen, daß eine andere Auffassung Ihrem Gelächter gegenüber, wenigstens zur Diskussion kommen kann. (Sehr richtig! links.) Man kann nur sagen, daß die Voraussetzungen, welche der Staat in der Gesetzgebung aufgestellt hat, über das Ziel hinausgeschossen, aber daß das Spenden selbst nicht Gegenstand der Strafe sein kann, hat Ihnen schon mein Amtsvorgänger gesagt. Bei einer anderen Gelegenheit habe ich schon ausgeführt, daß seit ungefähr anderthalb Jahren die patronatistischen Pfarrer mit der größten Sorgfalt befestigt werden und daß wir dabei den Wünschen der Bischöfe in jeder Weise entgegenkommen, indem wir besonders vermeiden, Geistliche aus Stellen wegberufen, wo sie schwer ersetzbar sind. Weil wir die Einwirkung der Bischöfe gestatten, deswegen liegt noch keineswegs die Weisung der Pfarrer in den Händen der Bischöfe. Trotz aller Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Unterstellung von Religionslehrern sind hier außerordentliche Fortschritte gemacht. Vergißt man denn ganz der Art. 5 der Novelle von 1881? Im Privatgespräch ist es doch kein Geheimniß mehr, daß die Staatsregierung mit Hilfe eines landgerichtlichen Erkenntnisses von Berlin so weit überhaupt möglich gegangen ist. Vergessen Sie ferner die Artikel 4 und 5 der Novelle von 1882, welche die Brücke zu befriedigenden Zuständen schlagen? Und wo sind denn nun die entgegenkommenden Erklärungen gewesen, die uns das möglich gemacht hätten! Sie mögen die Bestrebungen der Regierung so klein darstellen, wie Sie wollen, aber nicht gerechtfertigt ist das Urtheil, daß die Regierung kein Verständnis für die Bedürfnisse der katholischen Seelsorge habe. Die pessimistische Auffassung, daß die Regierung sich vergeblich in Anstrengungen erschöpfe, hat letztere nie getheilt. Sie ist vom ersten Moment bemüht gewesen, immer neue Kombinationen zu erfinden und bereits vor Monaten wäre ein entscheidender Schritt geschehen, wenn die politische Lage ihn gerechtfertigt hätte. Ein neuer Schritt aber ist geschehen durch das kaiserliche Hand schreiben vom 22. Dezember, und gerade die letzte Note, welche im Moment Sr. Majestät zur Prüfung und Genehmigung vorliegt, beschäftigt sich gerade mit dem hier vorliegenden Gebiete auf das Eingehendste und enthält bestimmte Vorschläge, von denen wir hoffen, daß sie die Möglichkeit gewähren, zu einer Verständigung zu gelangen. (Hört! hört! rechts.) Damit auf diese Weise ein Boden für weitere gesetzgeberische Vorschläge gewonnen werden möge. (Hört! rechts.) Indem ich dies ausspreche, hoffe ich dem Vorurtheil zu begegnen, daß es einen Moment gebe, mag er auch der schwerste sein, wo die Regierung sich scheuen könnte, die Frage zu diskutieren und um Zeugnis abzulegen von den friedlichen Gesinnungen, von denen sie befeelt ist. Ich kann meine Ausführungen nur mit dem Wunsche schließen, daß auch die Diskussion von gleicher Gesinnung getragen sei und die Schwierigkeit der augenblicklichen Situation nicht durch Kontestationen und einseitige Beschlüsse vermehrt werden möge. (Lebhafter Beifall rechts.)

Deutschland.

□ Berlin, 25. April. Eine neue Lehre über die Rechte der parlamentarischen Kommissionen gegenüber den Plenarbeschlüssen wird jetzt von den Konservativen aufgestellt, weil sie fürchten, daß die Majorität des Reichstages sich des liberalen Antrages auf sofortige Verathung der grundlegenden Paragraphen des Unfallversicherungsgesetzes annehmen werde. Sie bestreiten deshalb dem Reichstage einfach das Recht, der sozialpolitischen Kommission einen Theil des ihr zur Vorberathung überwiesenen Materials vor Erstattung des Berichtes behufs sofortiger Verathung im Plenum wieder zu entziehen. Sie konstatiren ferner ein Recht der parlamentarischen Kommissionen auf Durchberathung der ihr überwiesenen Vorlagen, ein Recht, welches ihnen auch ein Plenarbeschluss nicht nehmen könne. Die „Kreuzzeitung“ sagt darüber in einem erschütternd von der konservativen Parteileitung inspirierten Artikel:

„Es ist wohl nicht zu befürchten, daß dieser fortschrittlich-sezessionistische Handstreich gelingen werde. Schon der Antrag an sich enthält einen irreparablen Defekt. Der Kommission ist der Auftrag auf Durchberathung gegeben; auf diesen Auftrag hin ist sie gewählt worden und hat sie konstituiert. Auf dem Boden dieses Auftrages hat die Kommission ihre volle Autonomie; ein etwaiger Mehrheitsbeschluss des Plenums würde die Kommission als solche und in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung nicht verpflichten können, statt des Auftrages, an

Grund dessen sie sich konstituierte, einen etwaigen anderen nach dem Antrage nicht anzunehmen, nach welchem sie die Durchberatung zu unterbrechen und dem Plenum ein Bruchstück ihrer Arbeit vorzulegen hätte. Ein etwa zum Beschluß erhobener Antrag nicht und Genossen könnte also allenfalls nur den Bestand der Kommission erschüttern.

Daß eine solche Theorie widersinnig und unhaltbar ist, lebiglich in der Verzweiflung des Augenblicks erfunden, liegt klar auf der Hand. Die Kommission ist der Beauftragte des Plenums, welches den Auftrag in jedem Augenblick zurückziehen und modifizieren kann. Aber selbst wenn man den Kommissionen das Recht der „Autonomie“, welches das konservative Organ für dieselben in Anspruch nimmt, zugehen wollte, ist nicht zu befürchten, daß sich die sozialpolitische Kommission des Reichstages gegen einen Beschluß des Plenums auflehnen würde. Die Mitglieder der Kommissionen sind doch auch Mitglieder des Plenums und stimmen als solche mit ihren Parteien. Sie werden ihr Votum im Plenum nicht durch ein Votum in der Kommission, besavouiren. Die Majorität, welche im Plenum die Annahme des liberalen Antrages beschließen würde, repräsentiert auch die Majorität in der Kommission und diese Kommissionsmajorität würde auch „autonom“ beschließen, dem Votum des Plenums zu willfahren. Einen „irreparablen Defekt“ hat also nicht der liberale Antrag, sondern die parlamentarische Kompetenzlehre der Konservativen. Die konservative Minorität der Kommission hat allerdings das Recht, ihr Mandat zur Kommission niederzulegen, parlamentarisch zu streifen. Daß man von diesem Rechte Gebrauch machen werde, deutet die konservative Rundgebung am Schluß an. Einer solchen Eventualität können die Liberalen mit Ruhe entgegensehen. Wenn sie bei jedem ihnen unbequemen Majoritätsbeschlusse die Flinte hätten ins Korn werfen wollen, sie hätten wahrlich in den letzten Jahren oft genug Gelegenheit dazu gehabt.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ weist wiederholt darauf hin, daß die ministeriellen Aufgaben die zu ihrer Bewältigung vorhandenen Arbeitskräfte übersteigen, und sie sucht dies namentlich für die höheren Stellen durch eine Aufzählung der in Folge von übermäßigen Anstrengungen im Dienst erkrankten leitenden Beamten (Reichskanzler Fürst Bismarck, Staatssekretär von Bötticher, Unterstaatssekretäre Eck und Busch) darzuthun. Dabei theilt sie mit, daß auch der Direktor im auswärtigen Amte, Herr v. Bajanowski, nachdem er bereits mehrere Tage gekrankelt, sich gestern von seinen dienstlichen Geschäften hat zurückziehen müssen. Den Zustand des Reichskanzlers bezeichnet sie als noch immer sehr leidend, und wenn er sich trotzdem der Leitung der Geschäfte unterziehe, so erfordere dies eben ein Opfer an Gesundheit, welches naturgemäß mit jedem Tage sich vergrößere.

Auf die in der Presse seit einiger Zeit auftauchenden Gerüchte über Veränderungen in der Marine kommt die „N. Pr. Ztg.“ zurück. Das Blatt bemerkt zunächst, daß eine Trennung des Oberbefehls und der Verwaltung beabsichtigt sei. Auch General v. Stosch sei, je länger er an der Spitze der Marine stand, desto fester davon überzeugt gewesen, daß eine abermalige Trennung der Geschäfte der kaiserlichen Marine nicht nur einen Stillstand, sondern auch einen Rückschritt bezeichnen würde. Das Gerücht über Meinungsverschiedenheiten zwischen dem General v. Stosch und dem Chef des großen Generalstabes wegen der Befestigung von Kiel bezeichnet die „N. Pr. Ztg.“ als grundlos; General v. Stosch hat sich in dieser Frage stets in Uebereinstimmung mit dem Chef des großen Generalstabes befunden, soll jedoch anderer Meinung wie das Ingenieur-Komitee, welches viele kleine Forts zur Befestigung des Hafens von Kiel anzulegen beabsichtigen soll, gewesen sein, da er dem entgegen für Anlage von mehreren größeren Forts war. Ueber die Personalien berichtet die „N. Pr. Ztg.“:

„Der Vice-Admiral Batsch, Chef der Marinestation der Döise, hat bekanntlich jetzt einen längeren kaiserlichen Urlaub angetreten. Wie

wir bestimmt hören, dürfte derselbe wohl nicht wieder sein bisheriges Kommando übernehmen, sondern um seinen Abschied bitten. Admiral Batsch hat bei Ernennung des neuen Chefs der Admiralität am 20. v. M. nicht sofort seinen Abschied eingereicht, um als erster Offizier der Marine sein übliches Beispiel zu geben. Kontre-Admiral Berger, Chef der Marinestation der Nordsee, hat bis jetzt seinen Abschied nicht eingereicht; derselbe hat übrigens bereits wiederholt die Absicht gehabt, seinen Abschied zu nehmen, da er 1884 bei Jasmund schwer verundet worden ist und seit dieser Zeit leidend ist. Ein jetzt eingereichtes Abschiedsgesuch desselben würde in keiner Verbindung mit dem erfolgten Chefwechsel stehen, sondern auch ohne einen solchen eingetreten sein. Alle übrigen Kombinationen der Presse, d. h. Ernennung von neuen Stations-Chefs, eines neuen Geschwader-Chefs in Ost-Asien u. s. w. sind vorläufig Erfindungen, wobei wir bemerken, daß es bei den sechs nur vorhandenen Admiralen sehr leicht eintreten kann, daß eine solche Kombination zufällig tritt. Die Ernennung solcher Befehlshaber erfolgt bekanntlich direkt aus dem Kabinett nach persönlichen Entschiedenheiten des Kaisers. In Marinekreisen — dies können wir positiv versichern — weiß man von den kaiserlichen Absichten in Betreff der Besetzung der obersten Kommandostellen der Marine bis jetzt noch nichts, derartige Fragen sollen überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen sein.“

Die betheiligten Bundesraths-Ausschüsse haben dem Plenum den Entwurf eines Gesetzes über die Anfertigung von Zündhölzern unter Verwendung weißen Phosphors vorgelegt. Danach darf diese Anfertigung nur in ausschließlich dazu zu benutzenden Anlagen erfolgen. In Räumen, worin das Zubereiten der Zündmasse, das Betunken der Hölzer, das Trocknen der betunkten Hölzer vorgenommen wird, darf jugendlichen Arbeitern, in Räumen, welche zu der ersten Verpackung der Hölzer dienen, Kindern der Aufenthalt nicht gestattet werden. Bei Kontraventionen ist neben der Haft bezw. Geldstrafe auf Einziehung der in dem gesetzwidrigen Betriebe benutzten beweglichen Gegenstände und der hergestellten Zündhölzer zu erkennen. Auf die zur Zeit des Erlasses dieses Gesetzes bestehenden Betriebe finden die Bestimmungen desselben erst nach Ablauf eines Jahres Anwendung. Der betreffende Posten (5e) des Zolltarifs ist folgende Bestimmung anzufügen: „Zündhölzer und Zündkerzen 10 Mark. Dieser Zollsatz tritt mit dem 1. Juli d. J. in Kraft.“

Die als offiziös geltenden „Berl. Pol. Nachr.“ sagen über den heutigen kirchenpolitischen Beschluß des Abgeordnetenhauses:

Es kommt vor Allem in Betracht, daß wirksam aus den Ansprüchen des Zentrums günstigen Abstimmungen der parlamentarischen Körperschaften in Rom bezugiert werden kann und bezugiert worden ist, es werde von dieser Körperschaft ein so starker Druck auf die Staatsregierung geübt werden, daß es eines Entgegenkommens der Kurie nicht bedürfen werde, um die gewünschte Abänderung der Staatskirchenverfassung zu erreichen. Der Beschluß des Reichstages bezüglich des Expatrationsgesetzes und das konservative-kirchliche Kompromiß vom vorigen Jahre sind in dieser Richtung zum großen Schaden der Verhandlungen verworfen worden. Wie unter diesen Umständen die konservative Fraktion eine Resolution vorschlagen konnte, welche auf Erfüllung der kirchlichen Wünsche schon vor Erfüllung der Bedingungen des königlichen Briefes vom 22. Dezember vorigen Jahres hinbringt, wenigstens in diesem Sinne ausgelegt werden kann, ist völlig unerfindlich. Es ist ein neues Zeichen für den großen Mangel an politischem Verständniß, welcher diese Fraktion namentlich in denjenigen Fällen kennzeichnet, in denen die hochkirchliche Gruppe die Führung hat.

Der preussische Minister für Landwirtschaft hatte durch Zirkularerlaß vom 29. November 1880 die Bezirksregierungen u. veranlaßt, übersichtliche Zusammenstellungen über die Resultate der Forstverwaltung ihres Verwaltungsbezirks für einen jebeimaligen Zeitraum von drei Jahren anzufertigen und nebst dazu gehörigen Erörterungen dem Minister einzureichen. Eine dem ministeriellen Erlaß beigelegte Anlage enthielt die Stoffanordnung, von welcher nur, wo besondere Verhältnisse solches bedingen, abgewichen werden soll. Wie verlautet, soll die zum ersten Male zum 1. Juli 1883 zur Vorlage zu bringende Bearbeitung die drei Jahre 1880, 1881 und 1882, bezw. die entsprechenden Wirtschaftsjahre, umfassen. Von

der Regierung zu Wiesbaden wurden bereits seit einer Reihe von Jahren in einer der Regel nach alljährlich zur Veröffentlichung gelangenden Broschüre die Resultate der Forstverwaltung innerhalb des Regierungsbezirks übersichtlich zusammengestellt.

Die im landwirthschaftlichen Ministerium noch schwebenden Verhandlungen über die anderweite Ausbildung der Aspiranten für den Forstverwaltungsdienst werden, wenn sie in dem von uns bereits mitgetheilten Umfange Veränderungen herbeiführen, gleichzeitig nach einer anderen Seite hin ihre Wirkung äußern müssen — nämlich auf die Berechtigung der Oberrealschulen. Während in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. März der Regierungskommissar erklärte, daß seit einem Jahre mit der Forstverwaltung wegen Zulassung der lateinlosen Gewerbeschul-Abiturienten zu derselben Verhandlungen im Gange seien, müßte man dieselbe jetzt zu Ungunsten dieser Anstalten als abgeschloffen betrachten, da es nicht gut denkbar erscheint, daß die von dem Kultusministerium erwarteten erweiterten Berechtigungen für die Oberrealschulen auf das Forstfach ausgedehnt werden sollten in einem Augenblicke, wo das Studium der Rechts- und Staatswissenschaften für diese Karriere zur Vorbedingung gemacht wird und gleichzeitig die Stellung der Forstreferendare u. dergleichen der ähnlich charakterisirten Angehörigen der Justizverwaltung gleichwerthig gestaltet werden soll. Lehnt aber der landwirthschaftliche Minister die Zulassung der Oberrealschüler zum Forstverwaltungsfach definitiv ab, so fällt damit generell die Aussicht, für jene Schulen weitere früher zugesagte, durchaus notwendige Berechtigungen zu erlangen.

Der „Röln. Ztg.“ meldet man hier: Für die kürzlich mit Frankreich abgeschlossene Literarkonvention hatte Frankreich auch die Klausel der Weisbegünstigung beantragt; man nimmt an, daß sie auch in die Konvention aufgenommen wurde.

Das Kriegsministerium hat die besondere Militär-Pharmakopoe außer Geltung gesetzt, so daß von jetzt ab die Pharmakopoe germanica die alleinige Richtschnur für die Darstellung, Prüfung und Benennung der in der Militärheilkunde zur Verwendung kommenden Arzneimittel bilden wird. Die von der Militär-Pharmakopoe in den Lazarethen u. s. w. vorhandenen Bestände sind zu vernichten.

S. Swinemünde, 24. April. Zur Theilnahme an den in den nächsten Tagen hier beginnenden Probefahrten der in Stettin erbauten chinesischen Panzerkorvette „Ting Yuen“ sind der Kapitän J. See von Rostock und Kapitänleutnant Schöplke hier eingetroffen. Seit gestern ist man bereits damit beschäftigt, die fast riesenhaften 35 Centimeter Krupp'schen Ringgeschütze, welche in den Panzerthürmen aufgestellt werden sollen, durch mächtige Kräne an Bord zu bringen. Jedes der Geschützlosse hat eine Länge von 20—30 Fuß. „Ting Yuen“ (Ewiger Friede) gehört ihrer Bauart und ihren Dimensionen nach zur sogenannten Sachsenklasse. Die Länge in der Wasserlinie ist 94 Meter, die größte Breite über den Panzer 18,36 Meter, Tiefgang 6,3 Meter, Displacement 7430 Tons. Die Zwillingsgeschrauben werden durch zwei dreicylindrische horizontale Compoundmaschinen von zusammen 6200 indizierten Pferdekraften bewegt, die dem Schiff eine Geschwindigkeit von 14,5 Knoten verleihen und ihren Dampf aus 8 cylindrischen Röhrenkesseln mit 5 Atmosphären Ueberdruck erhalten. Diese Kessel sind in zwei Gruppen installirt; jede Gruppe getrennt von einander durch wasserdichte Schotten und Thüren, ist mit einem Schornstein versehen. Das Schiff hat ein fast durchgehendes Längsschott, das Vorder- und Achterschiff Zellkonstruktion und längs der Bordwände Rorkfütterung. Die Armirung besteht aus 4 Stück in den diagonal zur Kielinie stehenden Barbettthürmen auf Drehscheiben aufgestellten bereits genannten 35-Centimeter-Ringgeschützen, ferner aus je einem 15 Centimeter in gebrochener Geschützständen aufgestellten Deck- und Buggeschütz. Die Korvette

Sanka.

Eine Erzählung aus den Bergen von Max Ring.
(Nachdruck verboten.)
(28. Fortsetzung.)

So endete dieser erste eheliche Streit zwar mit einer scheinbaren Versöhnung, hinterließ aber eine leichte, schmerzliche Spannung. Der Professor bedauerte im Stillen den Eigensinn seiner Frau, wogegen sie über seine Schwäche und Nachgiebigkeit klagte. Am meisten aber quälte sie der Gedanke, daß sie ihm zur Last fielen, sie ihn unglücklich machte und daß er sich ihrer schämte. Obgleich er weder durch seine Worte, noch durch sein Benehmen die geringste Veranlassung zu einem solchen Verdacht gab, versorgte sie diesen unglückseligen Irrthum bei Tag und Nacht wie eine fixe Idee, indem sie fortwährend in seinen Blicken und Mienen einen stillen Vorwurf, eine geheime Unzufriedenheit zu lesen glaubte.

Unterdes erfolgte der von dem Doktor angekündigte Besuch der Geheimrätthin und ihrer Töchter, die aus Rücksicht auf ihren Schwiegerjohn so lebenswürdig als nur möglich war oder that und sich höflich entschuldigte. Natürlich war oder that der Professor ebenso erfreut, während Sanka nur mit Mühe sich beherrschte und sich zu einer ihrem Herzen fremden Freundlichkeit zwang.

„Nein!“ versicherte die Geheimrätthin mit der unschuldigsten Miene, „Sie können nicht glauben, wie sehr wir bedauert haben. Jeder war ich an dem Tage unwohl, ein heftiger Kopfschmerz.“

„Und ich,“ fügte Frau v. Brohse hinzu, „wollte Mama nicht verlassen.“

„Wir hätten auch schon längst Ihren Besuch erwidert, wenn uns nicht die Vorbereitungen zu der Hochzeit abgehalten hätten.“

„Hoffentlich werden Sie die Verzögerung verzeihen, wobei wir am meisten verloren haben.“

„Um so mehr wird es mich freuen, Sie bei Pauline's Hochzeit zu sehen.“

„Ich weiß nicht,“ versetzte Sanka verlegen, „ob es Ihnen angenehm sein dürfte.“

„Um des Himmels willen!“ unterbrach sie die Geheimrätthin. „Wenn Sie nicht mit dem Herrn Professor kämen, würden Sie uns die ganze Freude stören.“

„Wir wären untröstlich, besonders mein Mann, der Sie zu Tisch führen soll.“

Stumm und starr, mit stiller Verachtung hörte Sanka alle diese schönen Reden und Artigkeiten, die sie nicht zu würdigen vermochte, da sie in ihrer gesellschaftlichen Bildung noch nicht so weit vorgeschritten war, um die Sprache der feinen Welt zu verstehen und in gleicher Weise zu erwidern. Sie konnte es nicht fassen, daß die Damen, die noch vor ganz kurzer Zeit so boshastig sie abgewiesen hatten, sie jetzt mit Komplimenten überhäufeten, noch weniger, daß der Professor so freundlich mit ihnen sprach, mit ihnen scherzte und lachte, als ob nicht das Geringste vorgefallen wäre und sie ihn nicht tief gekränkt und beleidigt hätten.

Mehr als einmal fühlte sich Sanka versucht, der lebenswürdigen Geheimrätthin ihre Falschheit vorzuwerfen und mit derben Worten der feinen Frau v. Brohse ihre ehrliche Meinung zu sagen, aber die Gegenwart ihres Mannes und die Rücksicht auf die unschuldige Pauline und den guten Doktor legten ihr Schweigen auf und zwangen sie, ihre verzeihliche Empörung über diese offene Heuchelei zu unterdrücken und den Professor zu der Hochzeit seines Freundes zu begleiten, so gern sie auch zu Hause geblieben wäre.

XIV.

Mit der Zeit lernte Sanka die Welt besser kennen, aber sie vermochte nicht, sich mit ihr zu befreunden, wenn sie auch grade keinen Grund mehr hatte, sich über ihre Umgebung und über ihr Schicksal zu beklagen. Der Professor behandelte sie immer gleich liebevoll und nachsichtig wie ein verzogenes Kind; ihre Schwiegermutter schien sich in das Unabänderliche zu fügen, die Bekannten ihres Mannes sich nach und nach mit ihr auszu-söhnen und der Doktor mit seiner jungen Frau sie sogar lieb zu gewinnen.

Dennoch fühlte sich Sanka einsam und verlassen, kam sie sich in der Gesellschaft nur wie eine Geduldete vor, erschien ihr das alte Patricierhaus wie ein Gefängniß, sehnte sie sich unwill-

kürlich nach ihrer verlorenen Freiheit, nach ihrem früheren ungebundenen Leben zurück, das sie gern mit ihrem jetzigen Wohlstand und den geordneten Verhältnissen vertauscht hätte.

Der Zwang war ihr verhaßt, der Verkehr mit den ihr gleichgültigen oder unsympathischen Menschen zuwider, die Verstellung und Heuchelei unerträglich. Es fehlte ihr jedes Interesse an der Unterhaltung dieser Herren und Damen, mit denen sie fast gar keine Berührung hatte, deren Denken und Empfinden sie nicht theilte.

Die geistreichen Bemerkungen, die von den Anderen bewundert wurden, die pikanten Witze und Schlagworte blieben ihr unverständlich und die Gespräche über Personen, die sie nicht kannte, über Erscheinungen und Ereignisse, die ihr fremd waren, langweilten sie nur. Zuweilen lachte man in ihrer Gegenwart über Dinge, die ihr durchaus nicht lächerlich erschienen, mochte man sich über Sitten und Gebräuche, die ihr ehrwürdig und achlungswerth waren, und legte dagegen einen hohen Werth auf gewisse Formen, auf Titel und Auszeichnungen, die sie für eitel und überflüssig hielt.

Man sprach von Familien und Verhältnissen, von denen sie keine Ahnung hatte, machte Anspielungen oder gebrauchte Bezeichnungen, deren Sinn ihr verborgen war, so daß sie oft das Gefühl hatte, als ob sie auf einer fernem Insel zu einem Volke verschlagen wäre, das eine ihr unverständliche Sprache führte. Meist wagte sie nicht, den Mund aufzuheben, aus Furcht, sich lächerlich zu machen; weshalb man sie für beschränkt hielt und an ihrem Geiste zweifelte.

Das Alles bekräftigte Sanka nur in ihrem Wahn und machte sie unglücklich, unzufrieden mit sich und der Welt, in der sie lebte. Um so besser gefiel sich der Professor in der Gesellschaft seiner alten Bekannten und Kollegen, mit denen er auf den Rath des Doktors bei dessen Hochzeit wieder Frieden geschlossen hatte.

Hier fand er die vermischte geistige Anregung bedeutender Männer, die ihm unentbehrliche Anerkennung lebenswürdiger Frauen, das erwünschte Verständniß für seine Ideen, die angenehmen Formen, den Takt und Ton der sogenannten feinen

führt ferner 8 Hotchkiss-Revolvertkanonen, wie sie jetzt auch in der kaiserlichen Kriegsmarine eingeführt sind, und von denen zwei in der Marsen und die übrigen an den Bordwänden vertheilt sind, und ist außerdem noch mit zwei Auslöschrohren für Whitehead-Torpedos armirt. Die Beleuchtung geschieht durch elektrische Licht. Die inneren Räume haben 240 Glühlichtlampen erhalten und auf den beiden Masten ist je eine elektrische Lampe von großer Lichtstärke angebracht. Vor dem Auslaufen der Korvette nach China wird sich noch der Chef der Admiralität General-Lieutenant von Caprivi an Bord derselben begeben, um sich von allen auf der Korvette zur Anwendung gelangten maritimen neuen Erfindungen persönlich eingehend zu informieren.

Stuttgart. 65 Mitglieder der württembergischen Abgeordneten-Kammer, also fast die gesammte Kammer, haben an das Staatsministerium folgende Interpellation gerichtet: „ob sich Einleitung dahin treffen ließe, daß bei Beschaffung der bei den Zivil- wie Militärbehörden entstehenden Bedürfnisse an Leinen- und anderen Waaren, welche im Inland erzeugt werden können, eine Vermittelung der Centralstelle für Gewerbe und Handel im Sinne möglicher Berücksichtigung der einheimischen Gewerbetreibenden und Fabrikanten eintreten würde.“

Frankreich.

Paris, 22. April. Anlässlich des von China geltend gemachten Anspruchs auf das Protektorat über Anam gleicht der „Temps“ einige Einzelheiten über den Abschluß des Vertrages von 1874, aus welchem Frankreich seine Rechte auf Tonkin herleitete. Die damals vom Admiral Dupré, derzeitigem Gouverneur von Cochinchina, mit den Abgesandten des Kaisers von Anam gepflogenen Unterhandlungen wollten anfänglich nicht recht von Statten gehen, da die anamitischen Vertreter ein „Protektorat“ Frankreichs hartnäckig zurückwiesen, weil letzteres nach ihrer Auffassung ein absolutes Herrschaftsrecht bedeute. Als dann der Admiral Dupré ihnen entgegenhielt, daß Anam lange Zeit der „Protektirte“ von China gewesen sei, erklärten die Anamiten, daß die Regierung von Hué niemals diese chinesische Souveränität anerkannt hätte, und um die Situation Anams China gegenüber öffentlich zu präzisieren, verlangten sie, nachdem sie vom Admiral Dupré über die eigentliche Bedeutung des von Frankreich angebotenen Protektorats aufgeklärt waren, daß in dem abzuschließenden Vertrag die Klausel aufgenommen werde, wonach Frankreich Anam gegen jeden äußeren Feind Garantie und Schutz gewähre. Der damalige Vertreter Frankreichs in Peking, Herr de Geoffroy, wurde von diesen Verhandlungen unterrichtet; er begegnete bei den chinesischen Ministern nicht dem mindesten Einwand bezüglich der von Anam bestrittenen Souveränität Chinas über dasselbe. „Zu jener Epoche“, schreibt der „Temps“, hätte China sicherlich nicht daran gedacht, Frankreich die Unterzeichnung des diplomatischen Aktes vorzuschlagen, welchen Herr Bourré angenommen hat. Erst Angesichts unseres unsicheren Handelns und Herumschweifens seit zehn Jahren ist den Chinesen dieser Gedanke gekommen; wir werden ihnen nur etwas mehr Festigkeit zu zeigen haben, um ihnen denselben wieder zu benehmen.“ — Der „National“ will wissen, daß eine Brigade Marine-Infanterie in der Stärke von 2000 Mann aus Detachementen, die man den vier in Frankreich stationirenden Marine-Infanterie-Regimentern entnehmen wird, gebildet werden soll. Dieses Expeditionskorps wird, wie bereits telegraphisch gemeldet, unverzüglich in Toulon auf zwei großen Transportdampfern eingeschifft werden, um die französischen Streitkräfte in Tonkin zu verstärken.

Paris, 24. April. Der ehemalige französische Botschafter in Madrid, Andrieux, veröffentlicht unter seinem Namen im Blatte „Jour“ einen Artikel über die Tripel-Allianz

zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien, in welchem er sagt: Entgegen allen Dementis sei es richtig, daß der Vertrag im Juni 1882 unterzeichnet wurde. Zweck dieser Allianz sei, gegebenen Augenblicks Frankreich die Abrüstung aufzunöthigen. Fürst Bismarck kenne Frankreichs und seiner Regierung friedliche Absichten, er glaube nicht an die Revanche, so lange das gegenwärtige parlamentarische System und die Unstetigkeit im Innern herrscht; dennoch glaube er nicht an das Erlöschen der Gefühle gegen die Sieger von 1870. Die ersten Besprechungen fanden zwischen Mancini und Sagselfeld statt. Bismarck's Idee war, den europäischen Frieden zu sichern und Frankreichs „Verstümmelung“ durch Aufzöthigung der Entwaffnung endgiltig zu machen; deshalb sei die gänzliche Isolierung Frankreichs nothwendig. Aus der Tripelallianz werde eine Quadrupelallianz werden. Schon hätte Herr v. Siers seine Zustimmung gegeben. Spanien wurden Eröffnungen gemacht, in die Liga der Großmächte einzutreten. England werde aus Handelsinteresse zustimmen. Bald werde die subventionirte Presse davon zu sprechen beginnen. Man glaube, die finanzielle und ökonomische Situation werde Frankreich die Abrüstung acceptiren lassen. Man werde der europäischen Liga die Abrüstung vorschlagen; weigert sich Frankreich, so wird Alles gegen dieses Land sein.

Paris, 24. April. Der Kredit von 370,000 Fr. für die Absendung der außerordentlichen Botschaft Frankreichs zur Krönung nach Moskau vertheilt sich folgendermaßen: 250,000 Fr. für Waddington, außerordentlichen Botschafter; 80,000 Fr. für den Admiral Jaurès, gegenwärtigen französischen Botschafter in Petersburg; 40,000 Fr. Entschädigung für die Waddington begleitenden Personen. Die hiesige Regierung will mit großem Glanze in Moskau auftreten, so daß, wenn möglich, die Vertreter der übrigen Mächte in den Augen der Russen verdunkelt werden. Sie hat auch in Moskau einen Palast gemietet, den sie für drei Wochen mit 50,000 Fr. bezahlt. Die französische außerordentliche Botschaft wird die Salomagen zur Verfügung haben: der eine, den die französische Regierung kauft, kostet 15,000 Fr. die beiden anderen, die Waddington stellt, gehörten dem Marschall Mac Mahon an, als er Präsident der Republik war; Waddington bezahlte einen jeden derselben mit 6000 Fr.

Großbritannien und Irland.

London, 23. April. Die Frage wegen Beseitigung des Parlamentseides, welche durch Bradlaugh's Verhalten seit zwei Jahren nicht von der Tagesordnung verschwunden ist, steht heute wieder im Vordergrund der parlamentarischen Diskussion. Im Unterhause gelangt heute Abend die „Angelobungsbill“ in zweiter Lesung zur Verhandlung. Dieser Gesetzentwurf setzt es in das Belieben jedes Abgeordneten, an Stelle des üblichen Eides eine Angelobung „affirmation“ zu machen. Die vorherrschende Stimmung im Lande ist unstreitig gegen die Bill. Von den 3667 Petitionen, die in dieser Angelegenheit an das Unterhaus gerichtet wurden, sprechen sich 767 mit 88,000 Unterschriften für die Annahme der Bill aus, während 2900 Petitionen mit 373,000 Namen deren Ablehnung verlangen. Im Unterhause selbst ist die Mehrheit ihrer inneren Ueberzeugung nach gleichfalls gegen die Bill; allein eine Ablehnung der Regierungsvorlage, deren Einbringung zu einer unabsehbaren Nothwendigkeit geworden war, wenn man Ruhe vor Bradlaugh und seinem Anhang haben wollte, würde für das Ministerium und die liberale Partei verhältnißvoll werden; sie würde nicht nur den Rücktritt des Kabinetts Glasstone bedingen, sondern wahrscheinlich auch einen Wahlsieg der Konserverativen zur Folge haben, sollte um dieser Angelegenheit willen die Entscheidung der Wähler angerufen werden müssen. Diese schwerwiegenden Folgen werden natürlich viele der im innersten Herzen der Bill abgeneigten liberalen Parlamentarier bewegen, ihrer Ueberzeugung Zwang anzuthun und mit der Regierung zu stimmen. Das Kabinet Glasstone wird jedoch mit der Durchbringung der Bill nur einen bedent-

lichen Erfolg erringen, da es das Vertrauen vieler liberaler Wähler verlieren und an seiner Volkstheuerlichkeit zeitweilig einbüßen wird.

Bradlaugh ist übrigens während der letzten Wochen auffallend vom Glück begünstigt. Zuerst erkannte das Oberhaus, daß er für die Theilnahme an den Abstimmungen im Unterhause an Mr. Clarke nichts zu zahlen habe und verurtheilte diesen zur Zahlung der Kosten an Bradlaugh, welche nicht weniger als 2000 Pfd. Sterl. betragen. Dann wurde Bradlaugh in dem gegen ihn wegen angeblicher Gotteslästerung angehängten Prozesse freigesprochen. Heute hat endlich der Lord-Oberrichter in der von Bradlaugh gegen Newdegate unter einem Statut Richard II. angehängten Klage wegen Vorführung und Unterstützung eines Klägers (Clarke, in dem zuerst genannten Prozeß) zu Gunsten Bradlaugh's entschieden und demselben die verlangte Entschädigungssumme von 5000 Pfd. Sterl. nebst Kosten zuerkannt. Mr. Newdegate hat gegen diese Entscheidung die Berufung angemeldet.

London, 23. April. Die Tripel-Allianz beschäftigt die Londoner Blätter sehr lebhaft und giebt ihnen Veranlassung, Frankreich gute Rathschläge zu ertheilen. So schreibt die „Times“: „Es wird immer klarer, daß Frankreich gegenwärtig nicht so sehr die feindlichen Pläne des Fürsten Bismarck zu fürchten hat, dessen Hand eine überreife Einbildungskraft überall zu erblicken verneint, als die Folgen seiner eigenen Handlungen. Frankreichs Lage ist in diesem Augenblicke eine sonderbare; es ist die der vollständigen Isolierung; Frankreich steht allein, wie nie zuvor, und wird von allen Seiten mit Mißtrauen betrachtet. Es ist dies die Folge der eigenen Handlungen Frankreichs, das keinen größeren Feind hat, als sich selbst, und das in Wahrheit seine Tripel-Allianz, seine andere Macht, sondern nur sich selbst zu fürchten hat.“ Ungefähr dieselben Gedanken führt der „Standard“ aus; die Allianz würde so lange mit Frankreich auf freundschaftlichem Fuße leben, als letzteres dies ernstlich wünscht. Der „Observer“ äußert sich, indem er den Gedanken erweitert, folgendermaßen: „Die zwischen Wien, Berlin und Rom getroffene Vereinbarung ist jedoch weiter ein Beweis, daß vor einigen Monaten der Ausbruch eines großen allgemeinen Krieges für wahrscheinlich gehalten wurde. Während wir auf den Bestand des europäischen Konzerts bauten, wurde von den kontinentalen Mächten ein Bund gebildet, von dem wir ausgeschlossen waren und der sich leicht zu unserem Schaden hätte geltend machen können, wenn die Ereignisse in Egypten einen anderen Verlauf genommen hätten. Die Thatsache müssen wir in Erwägung nehmen. Wir müssen uns vor jedem zu engen Anschlusse an Frankreich hüten, welches uns durch seine Kompensationsgelder für den Verlust von Elsaß und Lothringen leicht in schlimme Gefahren hineinziehen könnte; wir müssen überhaupt auf unsere eigene Kraft bauen und unsere eigenen Interessen zu wahren wissen. Eines der Hauptinteressen ist die Erhaltung des freien Verkehrs mit Indien durch den Suezkanal und im Hinblick auf die neue Tripelallianz erscheint es gerathen in Egypten keine Frage offen zu lassen, welche einer anderen Macht den Vorwand zu Interventionen in einem Lande bieten könnte, was zu unserem Wohle als Herren von Indien unbedingt erforderlich ist, daß unsere Suprematie als vollendete Thatsache anerkannt werde.“

Rußland und Polen.

D. Petersburg, 24. April. (Orig.-Korr. d. „Pos.“) Bei der gestern erfolgten Beerdigung der jüngst verstorbenen Fürstin Theresie Herzogin von Leuchtenberg fiel es allgemein auf, daß im Widerspruch mit dem vorgestern im „Regierungs-Anzeiger“ erschienenen Ceremoniell, der Kaiser nicht vom Trauerhause aus zu Pferde dem Sarge folgte und ebensowenig die Kaiserin den Beerdigungsfeierlichkeiten in der Residenz beiwohnte. Statt dessen empfingen Ihre Majestäten die Leiche auf der Station Siergijewsk der baltischen Bahn und gaben von dort aus mit den übrigen Leidtragenden der Verstorbenen das letzte Geleite zu ihrer Ruhesstätte im Kloster Siergijewsk, woselbst die Fürstin Theresie an der Seite ihres Vaters, des Prinzen Peter von Oldenburg beigesetzt wurde. Es müssen gewichtige Gründe vorgelegen haben, die eine derartige Abweichung vom Ceremoniell veranlaßten und muß die bezügliche Aenderung in der letzten Minute erfolgt sein, da im Hinblick auf die vorausgesetzte Anwesenheit des Kaisers die umfassendsten

Welt. In dem ihm vertrauten Kreise, von dem er mit offenen Armen wieder aufgenommen wurde, lebte er förmlich auf wie eine Pflanze in dem ihr zusagenden Boden, wie ein Fisch im Wasser.

Wieder besuchte er regelmäßig das Museum, wo er sich wie sonst mit den Mitgliedern freundlich über die wichtigsten Tagesereignisse und wissenschaftlichen Probleme unterhielt. Die Achtung, mit der man seinen Auseinandersetzungen zuhörte, der Beifall, der seinen geistvollen Gedanken gezollt wurde, that ihm wohl und schmeichelte seiner vorzüglichen Eitelkeit.

Bald war er auch wieder ein gern gesehener Gast in dem Hause des einflußreichen Oberpräsidenten, der den berühmten Gelehrten mit der ihm gebührenden Auszeichnung empfing und wegen der sonstigen Verdienste desselben dessen eheliche Verirrung über sah, indem er die ihm bekannte Geirath gänzlich zu ignorieren suchte.

Selbstverständlich ließen auch die Frau Geheimrathin und Frau v. Brohse es nicht an Einladungen fehlen, die er aus vielfachen Gründen nicht zurückweisen konnte. Beide Damen waren so artig und so sichtlich bemüht, ihr begangenes Unrecht wieder gut zu machen, daß er nicht den Muth hatte, den Umgang mit ihnen aufzugeben. Besonders war Frau v. Brohse, die ein großes Haus ausmachte und vermöge ihres Geistes und ihres Reichthums den Mittelpunkt der exklusiven Gesellschaft bildete, von einer hinreichenden Liebenswürdigkeit gegen ihn und wendete alle ihr zu Gebote stehenden Kräfte auf, um den unangenehmen Eindruck zu verwischen und ihn von Neuem an sich zu fesseln.

Während der Professor sich diesen gesellschaftlichen Genüssen und Zerstreuungen überließ und sich ausgezeichnet unterhielt, sah Santa theilnahmlos und unbeachtet in dem fremden Kreise da, mit dem sie sich nicht so leicht befreundet konnte. Nur selten näherte sich ihr eine der anwesenden Damen und richtete aus Mitleid oder Neugierde einige gleichgiltige Worte an sie, hielt sich ein oder der andere Herr mit Rücksicht auf den Professor verpflichtet, sie anzusprechen und ihr einige gewöhnliche Artigkeiten zu sagen.

Dabei drängte sich ihr unwillkürlich das Gefühl ihrer Einsamkeit auf, die Ueberzeugung, daß man sie nur als eine lästige, unvermeidliche Zugabe ihres Mannes duldet; was nur dazu beitrug, ihre Befangenheit zu erhöhen und ihren Widerwillen gegen die Gesellschaft zu steigern. Aus diesem Grunde zog sie auch meist vor, zu Hause zu bleiben und den Professor allein gehen zu lassen, womit er zwar anfänglich nicht einverstanden war, aber schließlich sich zufrieden gab, da die seinen Bitten und Vorstellungen widerstand und auch er einsehen mochte, daß sie, unbeschadet aller ihrer sonstigen Vorzüge, nicht für die Gesellschaft paßte. Dazu kam noch, daß der Professor von seinen wissenschaftlichen Arbeiten und Kollegien neuerdings so sehr in Anspruch genommen wurde, daß er wenig freie Zeit für seine Frau behielt und diese immer mehr auf sich selbst angewiesen war. Die musikalischen Unterhaltungen mit ihr wurden immer seltener, die für sie so belehrenden und genussreichen Vorlesungen schloßen allmählich ein und die vertraulichen Zwiesgespräche, die sich daran knüpften, verstummten nach und nach.

Mit sich allein, verfiel Santa immer mehr jenem schmerzlichen Grübeln und peinlichen Nachdenken über ihr eheliches Verhältniß. Trotz aller Liebe konnte sie sich nicht verschweigen, daß sie den Professor nicht befriedigte und ausfüllte, daß sie seinen Ansprüchen nicht genüge und er sich mit ihr nicht glücklich fühlte, wenn er auch zu gut und zu edel war, ihr deshalb einen Vorwurf zu machen.

Aber auch sie vermied das gehoffte Glück an seiner Seite; sie glaubte, daß er sie nicht mehr liebte und sie vernachlässigte, daß er sich ihrer Unwissenheit schämte und ihr andere gebildete, vornehmere Damen, besonders Frau v. Brohse, vorzöge. Eine grundlose Eifersucht quälte sie, aber noch mehr litt ihr Stolz, wenn er spät des Nachts aus der Gesellschaft nach Hause kam und die Liebenswürdigkeit oder den Geist der ihr verhassten Frau harmlos rühmte, ohne zu ahnen, wie weh er ihr damit that.

So saß Santa auch heute allein und brütete über ihr Geschick, als ihr Dienstmädchen in das Zimmer trat und ihr mit verlegenem Gesicht und zweideutigem Lächeln einen unerwarteten

Besuch ankündigte, der ihr gerade in diesem Augenblick und unter solchen Verhältnissen unangelegen kam.

(Fortsetzung folgt.)

* **Ueber Kriegsspyonage.** Herr Steenackers, unter der Regierung der nationalen Vertheidigung Leiter des Post- und Telegraphenwesens in Frankreich, veröffentlicht ein Buch „Les Télégraphes et Postes de la Défense nationale“, von dem der „Köln. Ztg.“ bereits Auszüge bekannt geworden sind. Von besonderem Werthe sind darin die Angaben über die Art und Weise, wie man die Verbindung mit dem belagerten Paris aufrecht hielt oder doch aufrecht zu halten suchte, denn es war das, wie sich bald herausstellte, eine sehr schwere Aufgabe. Steenackers schildert, wie man auf alle möglichen Ausfunktmittel verfiel, auf Tauben, auf Ballons, auf schwimmende in die See zu werfende Tonnen, auf Fische, auf Hunde, wie man aber zuletzt darauf zurückkam, hauptsächlich Sendboten zu nehmen, um durch sie Depeschen nach Paris zu schicken. Aber fast alle Versuche der Rundschaffter, durch die deutschen Truppenlinien zu bringen, mißlangten. Dann kommt Steenackers auf den interessantesten Theil seiner Mittheilung, nämlich die Art und Weise, wie die Depeschen verborgen wurden, und man muß sagen, daß darin eine sehr beachtenswerthe Findigkeit an den Tag gelegt wurde, wenigstens in einzelnen Fällen. Doch lassen wir dem Verfasser das Wort:

„Wir hatten solche Mittel in großer Masse, und ich erwähne nur die hauptsächlichsten: Zuerst die Schuhsohlen. Diese wurden eigens dazu vorbereitet und enthielten im Innern eine kleine Ausbuchtung, in die man die Depeschen hineinlegte. Die Schuhe mußten in kleine Stücke geschnitten werden, um die Einlage zu finden. Ein doppeltes Mägenstück. Einem aus zwei Kupferplatten zusammengefügten, im Innern zur Aufnahme der Depeschen hohlen und mit Stoff bekleideten Rockknopf. Die Zwingen eines Stodes. Eine ausgehöhlte Zigarre. Ein Packeten Zigarettenpapier, dessen einzelne Seiten mit unsichtbarer Tinte beschriebenen waren. Fischein eines Regenschirms. Ein falscher hohler Zahn. Ein Klavierstimmglocken. Das Gest eines gewöhnlichen Taschennessers. Im Innern des Dorntheiles brachte man eine kleine Höhlung an, steckte die Depesche hinein und befestigte die Schale dann wieder sorgfältig. Einen Schlüssel mit doppelter Höhlung (Doppelboden). Ein zerhackenes, im Innern ausgehöhltes Zweifelhäutchen. Die Flächen mußten genau aufeinander passen. Wenn man die Depesche hineingethan hatte, legte man das Häutchen einige Zeit in Essig und hatte dann die größte Mühe, es wieder auseinander zu bekommen. Eine kleine Eisenknüttel in Ruß getaucht. Der Bote sollte sie im Augenblicke der Gefahr verschlucken und am anderen Tage wiederfinden. Ein Handtuch, namentlich für Damen.“ Viele Botsen, so erzählt Steenackers weiter, hätten die Depeschen auswendig lernen wollen, die Regierung der Nationalverthei-

Vorichtsmaßregeln getroffen worden waren. Die Straßen, welche der Zug passierte, waren für das Publikum fast vollständig gesperrt und die Trauerprozession schlug nicht den nächsten Weg zum Baltischen Bahnhof ein, in welchem Falle sie sich durch den Wosnessenski Prospekt hätte bewegen müssen, der aber recht schmal ist, sondern erreichte ihr Ziel auf einem Umwege durch die Große Morstaja und andere Straßen, deren Breite hinsichtlich etwaiger Attentatsversuche größere Sicherheit bietet. Diejenigen hiesigen Zeitungen, welche Berichte über die Trauerfeierlichkeiten bringen, umgehen in diplomatischer Weise die Tatsache, daß der Kaiser und die Kaiserin bei denselben in der Residenz nicht anwesend waren. — Herr Rattow domert wieder einmal in seinen „Moskowskaja Wjedomosti“ gegen das Institut der Geschworenenengerichte, das ihm schon längst ein Dorn im Auge ist. Grund zu seiner Philippika bietet ihm dieses Mal die Angelegenheit des früheren Gouverneurs von Kasan, des Geheimraths Starjatin, welcher wegen Mißbrauch der Amtsgewalt nächstens vor den Geschworenen zu erscheinen haben wird. Starjatin hatte zwar dagegen protestiert, da bisher derartige Prozesse vor das Forum des Senats kamen, war aber mit seinem Protest vom Kassationsdepartement des Senats abschlägig beschieden worden. Rattow tritt nachdrücklich für den Angeklagten ein, dem er viel Rühmenswerthes nachsagt, und läßt es an scharfen, gegen die Vorgelegten desselben gerichteten Seitenhieben nicht fehlen, da diese Macht genug in Händen haben, denselben, falls er des ihm zur Last gelegten Dienstvergehens schuldig, auf administrativem Wege zu strafen, es aber vorziehen, ein Gericht „von der Strafe“ zusammenzurufen und den in einem solchen üblichen Wechselfällen den Angeklagten auszuweichen. Rattow weist unter anderm auf den so folgenschweren Urtheilspruch der Geschworenen im Prozesse gegen die Wera Sassulitsch hin. — Das vielbesprochene Projekt der Besteuerung der Pässe für Personen, die ins Ausland reisen wollen, wird, wie die „Now. Wr.“ erfährt, nicht in einer der nächsten Sitzungen des Reichsraths zur Verhandlung kommen. Aus zuverlässiger Quelle wird nämlich dem genannten Blatte mitgeteilt, daß in diesen Tagen die Verfügung ergangen ist, die Beratungen über die Passvorlage bis zur Herbstsession des Reichsraths hinauszuschieben.

Türkei.

Konstantinopel, 23. April. Wie bereits bekannt gegeben, ist der bisherige Amtsrichter Gschel in Oberneubau im Elsaß in das türkische Ministerium des Auswärtigen berufen worden. Es ist ein ehrendes Zeichen für die Beamenschaft Elsaß-Lothringens, so schreibt die „Straßburger Post“, daß gerade aus ihrem Kreise heraus so viele „Reformatoren“ für die Türkei gewählt worden sind. Außer Herrn Gschel sind bekanntlich schon früher nach Konstantinopel abgegangen: Zollinspektor Vertram aus Saarburg in Lothringen, jetzt Staatssekretär der Verwaltung der indirekten Steuern; Zollinspektor Zorn aus Atricourt und Hauptsteueramts-Kontrollleur Büchel aus Haggenau, beide jetzt Direktoren im Zollministerium; Intendantur-Rath Hauptmann A. D. v. Schilgen, jetzt Oberst und Flügeladjutant des Großherzogs. Außerdem sind noch als Zivilbeamte dort angestellt: Regierungsrath Wetzendorf aus Koblenz, der als Unterstaatssekretär im Finanzministerium eine höchst einflußreiche Tätigkeit entfaltet und u. a. bei der Regelung der türkischen Staatsschuldenverhältnisse und der Tabakmonopolfrage hervorragend auftrat, und Regierungsrath Seebald aus Frankfurt, jetzt Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Als militärische Reorganisatoren wirken bekanntlich seit vorigem Jahre der Generalleutnant Kähler und die Generalmajore v. Hobe, Nistow und Kampffmeyer, die vorher (Kähler als Oberst, v. Hobe als Rittmeister, Nistow und Kampffmeyer als Hauptleute) sämtlich der preussischen Armee angehörten. Aus früherer Zeit sind noch folgende deutsche Offiziere im türkischen Heere in Stellung: die Generalleutnants Blum (der hochverdienende Ingenieurgeneral) und v. Drigalsky, und die Generalmajore Wendt (Nadir Pascha), Stredner (Reisch Pascha), der Kommandant der osmanischen Flotte in Philippopel, Grunwald (Besender Pascha), Generalmajor v. Malinowski (Emin Pascha) ist vor drei Jahren gestorben; Generalmajor Lehman, im türkisch-russischen Feldzuge gefallen. Aus noch weiter rückliegender Zeit verdienen die Namen Gschel, v. Schwenkauer, Wieselthal

digung habe sich aber in keinem einzigen Falle entschließen können, ihnen den wahren Text mitzutheilen, ihnen vielmehr nur chiffrierte Depeschen anvertraut, deren Auswendiglernen natürlich unmöglich gewesen sei. Ueber die Mittel, welche die Preußen anwandten, um den französischen Rundschaffendienst zu verhindern, heißt es weiter:

„Alle unsere Kunstgriffe, so schlau sie sein mochten, halfen uns nichts gegen einen Feind, der auf dem Gebiete der Spionage selbst Sachverständiger war und von Grund aus alle „trucs“ des Handwerks kannte. Die ersten Boten, die bei den preussischen Linien ankamen, wurden festgehalten und vor einen Offizier geführt. Nach einem kurzen Verhör entließ man den Gefangenen vollständig und ließ ihn in diesem Zustande warten, bis man seine Wäsche, seine Kleider, seine Mütze und Schuhe Stück für Stück zertrümmert und aufgeschnitten hatte. Ihn selbst untersuchte man auf das Genaueste vom Kopf bis zu den Füßen. Wenn man nichts fand, gab man ihm seine Kleider in Fesseln zurück und fügte einige Kolbenstöße hinzu, wenn er die Rührtheit hatte, sich zu beklagen. Wenn man ihm aber doch noch nicht traute, so gab man ihm ein Elefantenzahn-Abführungsmitel von oben und ein Pferdehufstier von unten. Dann wurde er — unter diesem doppelten Druck — einigen Leuten anvertraut, die ihn überwachten und das Weitere unterzuchten. Fand man auch dann nichts, so jagte man ihn zum Teufel.“ — Es scheint nach den Angaben Steenackers, daß kein einziger Bote Paris erreichte, wenn auch viele sehr nahe kamen. Einige wurden im letzten Augenblick, als sie die Seine bei St. Cloud zu überschreiten versuchten, bemerkt und im Wasser erschossen.

* Die Pariser Akademie der Wissenschaften veröffentlicht in dem nunmehr vorliegenden „Journal officiel“ den amtlichen Bericht über ihre Sitzung vom 16. April d. J., in welcher die vielerörterte Preisvertheilung für die Lösung der mathematischen Aufgabe in vollem Maße gerechtfertigt wurde. Der Preis wurde bekanntlich der Arbeit des am 9. Februar 1883 verstorbenen englischen Mathematikers G. J. S. Smith, sowie einer Arbeit des Königsberger Studenten der Mathematik Milinowski zuerkannt. Diese bekanntlich vielfach bemängelte und verdächtige Entscheidung ist von dem Akademiker Bertrand, wie folgt, motiviert worden, nachdem der Akademiker Jordan zunächst über die Arbeiten Smiths einen Vortrag gehalten hatte.

„Die Kommission, welche beauftragt war, die mathematische Preisfrage zu stellen, hatte von den Venerablen das Studium eines Satzes gefordert, der vor beinahe vierzig Jahren von dem berühmten Mathematiker Eisenstein ausgesprochen wurde. Eisenstein selbst wurde der Wissenschaft entzogen, ehe er den Beweis seines Lehrsatzes veröffentlicht hatte. Eine einzige Denkschrift war seit dem Tode Eisensteins dieser

und — last not least — Moltke rühmende Hervorhebung. Alle diese deutschen Beamten und Offiziere haben den deutschen Namen und die deutsche Thätigkeit in der Türkei zu hohen Ehren gebracht, während die überwiegende Mehrzahl der früher aus andern Nationen gewählten Reformatoren — das Osmanenreich ist ja seit Sultan Mahmuds des Großen Zeiten ein Versuchsfeld für solche — der Türkei nur ein höchst ungünstiges Bild von „fränkischem“ Wirken beizubringen wußte. Unsere deutschen Beamten und Offiziere aber, sorgsam ausgewählte, fähige Leute, haben Fähigkeit und Fleiß bewiesen, sich in der Türkei in abweichende Verhältnisse und verschiedenartige Lebensanschauung zu finden, fremde Sprachen zu lernen und sich mit den tausenderlei Dingen bekannt zu machen, deren gründliches Studium als Vorbereitung zu jeder geistlichen Wirksamkeit im Orient unumgänglich nöthig ist. Hierdurch und durch ihre gründlichen Fachkenntnisse haben sie das tief eingemurzte und nach früheren Erfahrungen auch völlig gerechtfertigte Mißtrauen der Türkei gegen europäische Verbesserer vollständig beseitigt und den deutschen Einfluß da zur maßgebenden Geltung gebracht, wo vor fünf bis sechs Jahren noch bald England, bald Frankreich, bald Rußland ausschließlich das Feld beherrschten. (Der oben erwähnte Zorn-Pascha, ein Breslauer Kind, ist in den jüngstvergangenen Tagen in Konstantinopel mitten in der Blüthe seiner Jahre gestorben. Sein Hinscheiden findet in seiner Vaterstadt Breslau allgemeine Theilnahme. — D. Ned. v. „Pos. Stg.“)

Bulgarien.

Der Zwiespalt zwischen den Anhängern des nationalen Bulgarenthums und der auf englischen Russifikation tritt mehr und mehr in ein altes Stadium. Ein Bericht über die bulgarischen Zustände in der „Pol. Corr.“ sagt: „Es läßt sich nicht leugnen, daß die Generale Sobolew und Kaulbars eine nahezu diktatorische Gewalt ausüben. Die Funktionäre, die an der Spitze der anderen Ministerien stehen, führen bloß den Titel von Leitern der betrieblichen Ressorts und sind in Wirklichkeit nur Beamte der beiden Generale, von denen sie ihre Instruktionen erhalten. Die Generale befehlen die Offiziersstellen mit Verwandten, Regimentsgenossen und ergebenen Anhängern aus Rußland, während sie die bulgarischen Offiziere unter dem Vorwande, daß dies behufs ihrer Ausbildung geschehe, nach Rußland schicken. Ebenso sind aus dem Kriegsministerium alle bis zur letzten Zeit daselbst verwendeten Bulgaren entlassen worden. Es ließe sich auch eine ganze Reihe von Willkürlichkeiten aufzählen, welche die Generale während des kurzen Zeitraumes ihrer Diktatur ausübten; hierher gehört die ohne jeden sichtbaren Anlaß und im Widerspruch mit dem Beamtengesetz erfolgte Amtsentsetzung mehrerer Unterpräfekten, die ohne Zustimmung des Fürsten vollzogene Ernennung eines Russen zum Präfekten von Rustschuk, die im Widerspruch mit dem Gesetz, betreffend die Jurisorganisation des Landes, verfügte Enthebung zweier Mitglieder des Kassationshofes und andere ähnliche Akte. Es hat durchaus keine der Fürsten verlegende Tendenz und es ist thatsächlich wahr, wenn man behauptet, Bulgarien werde nicht vom Fürsten Alexander, sondern von den Generalen Sobolew und Kaulbars beherrscht. Sie üben eine unumschränkte Gewalt aus und verfahren, als ob die dem Fürsten in Sifkovo erteilten Vollmachten eigentlich ihnen übertragen worden wären. Sie haben die Post und den Telegraphen vollständig in Händen. Kein Brief und keine Depeschen werden in Bulgarien aufgegeben, ohne daß die Minister von deren Inhalt Kenntnis erhielten. Wichtige Briefe müssen auf Privatwegen befördert werden. Die Präfekturen, die Polizei werden allmählich russifiziert, d. h. mit den beiden Generalen ergebenen Personen besetzt.“

Der gemeinsame Haß gegen Sobolew und Kaulbars hat die Liberalen und Konservativen einander näher gebracht. Sie haben sich über ein Programm geeinigt, nach welchem das konstitutionelle Regime wieder hergestellt werden und die Verfassung durch eine Konstituanten versammelt werden soll. Heute sehen alle Bulgaren, den Fürsten mit eingeschlossen, ein, welche unheilvolle Folgen der Staatsstreich von 1881 gehabt hat.

Afrika.

Zur Congo-Frage meldet die „Polit. Corr.“, daß das Englische Kabinet ungeachtet des Widerstandes mancher seiner Parteigenossen an seiner Parteigenossen an seiner Absicht der Erzielung eines friedlichen Uebereinkommens mit Portugal zum Zwecke der Anerkennung der Souveränität des letzteren über das Congogebiet festhält. Dieses Uebereinkommen ist nunmehr zur Thatsache geworden und der betreffende Vertrag wird in kurzem, ganz im Einklange mit der Ankündigung des Herrn

schwierigen Frage gewidmet worden; dieselbe rührte von Smith her und enthielt die Denkschrift Eisensteins nur die Fassung der hauptsächlichsten Resultate. Falls die von der Akademie vorgeschlagene Preisbewerbung nicht wieder die Aufmerksamkeit Smiths auf diese älteren Untersuchungen hingelenkt hätte, so würde derselbe ebenso wie Eisenstein den Mathematikern über diesen Gegenstand nur ein schwer zu entzifferndes Räthsel hinterlassen haben. Von den drei bei der Preisbewerbung eingereichten Denkschriften ist die erste als ungenügend beseitigt worden. Die zweite folgte genau dem von Smith vorgezeichneten Gange und gab den Beweis seiner Sätze; dasjenige Mitglied der Kommission, welches die Prüfung übernahm, konnte auf diese Anzeichen hin den Namen des Verfassers errathen. Es kam übrigens wenig darauf an, ob die Denkschrift von Smith selbst herrührte, oder durch die von dem gelehrten Orléans-Professor seit geraumer Zeit der Öffentlichkeit übergebene Arbeit inspiriert war: derselbe verdiente unzweifelhaft den Preis. — Eine dritte Denkschrift (eben diejenige Milinowski's) löste die Frage; es war schwierig, daß zwei Mathematiker, die geschickt genug waren, dieses erhabene, aber ein wenig enge Gebiet zu durchlaufen, sich nicht mehr als in einem Punkte begegneten. Die Methoden hatten Ähnlichkeit, aber eine jede Denkschrift trug das Kennzeichen eines originellen und ausgezeichneten Geistes; alle beide waren vortrefflich und es erschien unmöglich, einer von den beiden den zweiten Rang zuzumessen. Die beiden Denkschriften werden veröffentlicht werden und die Mathematiker werden der Akademie Glück dazu wünschen, daß sie ihren berühmten Verfassern, dem einen am Ende, dem andern bei Beginn seiner Laufbahn Gelegenheit geboten hat, die Hilfsmittel eines sinnreichen Geistes zu zeigen und den auf jeder Seite befindlichen Beweis umfassender und tiefer Kenntnisse zu erbringen.“

Diese besonnene Motivierung der Pariser Akademie gereicht derselben zum Ruhme.

* Die madagassische Gesandtschaft, welche gegenwärtig in Berlin weilte, hat die öffentliche Aufmerksamkeit neuerdings auf die große ostafrikanische Insel hingelenkt. Aus Tamatave, dem Haupthafen von Madagaskar, liefert ein Berichtblatt des „Daily Telegraph“, der im Anfang des Februar dort landete, ein wenig erfreuliches Bild von dem Zustande, der im Reich der Königin Ravanola herrscht. Nach seinem Bericht ist Tamatave eine Stadt von 6000 Einwohnern, deren Häuser gebaut sind aus Bambusstäben, Palmblättern und Fagdauben. Erstere bilden die Wände, die Palmblätter das Dach und die Fagdauben die Garteneinfriedigungen. Ferner ruhen alle Häuser auf Pfählen, drei bis vier Fuß hoch über dem Boden, und zwar dies des gefährlichen Sumpffiebers wegen, dessen Ansteckungsstoff sich nicht sehr hoch über den Boden erhebt. Aber einen gefährlicheren Feind besitzt die Insel in dem

Glaskone, dem Parlamente vorgelegt werden. Wenn inzwischen eine aus mehreren Schiffen der englischen Kriegsmarine gebildete Expedition an den Congo abgeht, so geschieht es zum Schutze der englischen Handelsreisenden für den allerdings als wahrscheinlich anzusehenden Fall, daß es bei der Besitzergreifung durch die Portugiesen zu feindseligen Rundgebungen gegen die Europäer kommen sollte. Um die interessierten englischen Geschäftskreise für den Verlust zu trösten, den sie zweifellos durch diese Politik der Regierung am Congo erleiden werden, hat der Gouverneur der Löwenküste vom Kolonialminister Lord Derby den Auftrag zur Annexion der ganzen Küste zwischen der englischen Kolonie von Sherbro und dem afrikanischen Freistaate von Liberia erhalten. Die Angliederung dieses ausgedehnten, überaus fruchtbaren Küstengebietes wird zweifellos dem englischen Handel große Vortheile bringen. Der Handel mit dem Westen Afrikas ist in England ein viel bedeutenderer, als in den übrigen Ländern, und repräsentiert einen Werth von 4 Millionen Pfund im Jahre. Es giebt zwei englische Dampferverbindungen mit dem westlichen Afrika, welche 30 Schiffe beschäftigen.

Durban, 17. April. Herr Krüger wurde zum Präsidenten von Transvaal gewählt. Die jüngst begonnenen Friedensunterhandlungen zwischen Mapoch und den Boeren sind abgebrochen worden und es haben bereits wieder einige Kämpfe stattgefunden, die indeß entscheidungslos blieben. Die Verluste waren auf beiden Seiten unerheblich. — Aus Zululand wird berichtet, daß die Usutu einen Angriff gegen Usibepu machten. Letzterer schlug nach heftigem Kampfe seine Angreifer zurück, flüchte ihnen schwere Verluste zu und verfolgte sie eine große Strecke, wobei es zu einemurchbaren Gemetzel kam. — In Pondoland herrscht Ruhe, aber die Boeren sind verstärkt worden. Der Friedensrichter in Salamaap ist mit der Unterzeichnung der jüngsten Grenzverträge beschäftigt. Der Premierminister (der Kap-Kolonie) ist aus Nataloland hierher zurückgekehrt. Seinem Berichte nach ist die Schwierigkeit in diesem Lande thatsächlich gehoben. Nur der Häuptling Masuscha hat sich noch nicht unterworfen.

Amerika.

New-York, 22. April. Präsident Arthur, der eine Erholungsreise nach Florida gemacht hat, ist dort von einem heftigen Gallenleber-Anfall betroffen worden, der ihn sehr geschwächt ließ. Es stellte sich ein starkes Fieber ein. Ein Arzt in Washington ist auf telegraphischem Wege berufen worden, um den Präsidenten in Behandlung zu nehmen. — Im Staate Iowa haben die Temperenzler eine entscheidende Niederlage erlitten. Der oberste Gerichtshof hat in einer Plenarsitzung einstimmig die Entscheidung erster Instanz, daß der Zusatz zur Staatsverfassung, welcher den Verschleiß berauschender Getränke untersagt, verfassungswidrig ist, bestätigt. — Im mexikanischen Kongreß ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, welcher die Ehescheidung in Mexiko einführt.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, 25. April.

* Die sozialpolitische Kommission, die in der letzten Sitzung ihre vorläufigen Erörterungen über die Organisation zu der Unfallversicherung zu Ende geführt hatte, ohne abzustimmen, erörterte heute eingehend die Frage, ob die Entschädigungspflicht der Unfallversicherung erst nach Ablauf einer Karenzzeit eintreten solle oder nicht. Die Regierungsvorlage beantragte bekanntlich, die ersten 13 Wochen ohne alle Regressansprüche bei großen wie bei kleinen Unfällen den Krankenkassen zu überweisen. Die Abg. Dr. Baasch und Dr. Gutschick stellten nun den Antrag, den unfallpflichtigen Betrieben die ganze Last des Unfalles von Anfang an aufzubürden. Dazu hatte der Abg. Dr. Buhl einen Unterantrag gestellt, der auch von den erst genannten acceptiert wurde, daß die Krankenkassen gegen eine Pauschalentschädigung von 1 Sechstel der Beiträge seitens der Arbeitgeber in versicherungspflichtigen Unternehmungen, für die ersten 4 Wochen die volle Entschädigung zahlen sollten, so daß also für etwa 80 Prozent aller Unfälle die Regulierung nicht den schwerfälligen Organisationen der Unfallversicherung zur Last falle. Nachdem die Antragsteller eingehend ihre Anträge motiviert hatten, bemerkte der Geh. Reg. Rath Bohmann, daß die verbündeten Regierungen nicht auf den 13 Wochen bestehen wollten, daß sie nur an dem Prinzip festhielten, daß die Krankenkassen, denen ja reichliche Entschädigung in den Drittel-Beiträgen der Arbeitgeber gewährt würde, wenigstens theilweise zu den Lasten der Unfallversicherung beizutragen hätten. Nachdem noch von Seiten der Abg. Dr. Gutschick, Dr. Hirsch und Dr. Baasch

Brantwein, der mit der „christlichen Zivilisation“ hier eindrang. Es ist die gemeinste Sorte des auf den Zuckerpflanzen von Mauritius fabrizierten Rums; er ist in Madagaskar überaus billig und findet seiner Schlechtigkeit wegen anderswo keinen Absatz. Und leider ist in jeder Madagassischen Hütte ein Faß dieses Rums zu finden. Aus diesem Numabiase stammen auch die massenhaften Fagdauben, die, wie oben bemerkt, zur Gartenumzäunung verwandt werden. Ein Spaziergang durch das Land bedeutet dabei so viel, als ein Gang durch aufgestapelte Rumsfässer und betrunzene Eingeborene. Früher betrug der Eingangszoll auf das Höllengetränk 30 Prozent; leider aber wurde derselbe durch die Bemühungen des amerikanischen Konsuls auf 10 Prozent herabgesetzt, während er eigentlich 50 Prozent und mehr betragen sollte. Die madagassische Armee besitzt ungefähr 5000 Sniher-Gewehre und 15,000 Remingtons. Letztere wurden im vorigen Jahre wiederum durch die Bemühungen des amerikanischen Konsuls trotz des Widerstandes der Franzosen eingeführt. Sind die Büchsen daher vortrefflich, so sind die Kanonen in desto greulichem Zustande. Eine eigentliche Uniform giebt es nur für den Soldaten, die Offiziere hatten sich beliebig mit den ihnen zu Gebote stehenden Uniformen fremder Truppengattungen oder Bediensteten aus. Der Gouverneur von Tamatave trägt an gewöhnlichen Tagen eine einfache Methodistenkleidung, bei militärischen Schaustellungen aber erscheint er in einem Anzuge, welcher die Mitte hält zwischen Admiral und Eisenbahnschaffner. Im Uebrigen waren alle bei diesen Schaustellungen begeistert, denn der Hova ist ein geborner Redner und belehrte sich wahrscheinlich deshalb zum Christenthum, weil ihm die Missionare bei dieser schwachen oder starken Seite, der Beredsamkeit, zu fassen mußten. Der Gouverneur hielt bei der Parade eine feurige Rede an seine Truppen, in welcher er die Treue gegen die Königin hochhielt und alle aufforderte, eher zu sterben, als dem Fremdling zu gestatten, daß er Fuß fasse auf der Insel. Die Truppen präsentirten darauf das Gewehr, die Musikbände stießen ihre Blechinstrumente, der Generalstabschef sprang wie besessen einher und gab wilde Laute von sich, der Gouverneur als Feldmarschall des Gesamttheaters aber steckte sein Schwert in den Sand und umtanzte es in lustiger Weise, alle aber wiederholten den Theil des hova'schen Militärgesetzes, welcher besagt, daß der Ausreißer im Kampfe lebendig verbrannt werden solle. Der Berichterstatter glaubt, daß die Insel sich keineswegs gutwillig den Franzosen unterwerfen werde. Die Eroberung der Hauptstadt sei für solchen Fall unumgänglich nothwendig; dabei aber würden wahrscheinlich alle Einflüsse der christlichen Zivilisation wieder verloren gehen.

auf die Vorteile ihres prinzipiellen Standpunktes für den sozialen Frieden hingewiesen, namentlich betont worden, daß die Unfallversicherungsverbände im Interesse der Heilung und der Rettung der Beschädigten von Anfang an in das Interesse hineingezogen werden sollten, weil nur sie die Mittel hätten, durch Heranziehung tüchtiger Operateure u. d. d. die Beschädigten zu retten, — wurde vom Abg. v. Hertling ein dahingehender Antrag eingebracht, die Kosten der Heilung von Anfang an den Unfallkassen zu überweisen, die Kosten dagegen erst von der 5. Woche an zu zahlen. Dabei soll in der Zeit von der 5. bis zur 14. Woche die Krankenkasse ihre Geldunterstützungen weiter zahlen und diese auf die Unfallrenten in Anrechnung gebracht werden. Dieser Antrag wurde von Herrn Geh. Rath Bohmann als Boden der Verständigung bezeichnet, aber von Seiten der Linken, namentlich von den Abgg. Buhl, Girsch und Paasche bekämpft, indem letzterer namentlich darauf hinwies, was aus denen werden sollte, die aus irgend einem Grunde zur Zeit des Unfalles keiner Krankenkasse angehörten. Abg. Girsch betonte, daß die Bemessung der Entschädigung auf zwei Drittel des bisherigen Verdienstes die Arbeiter hinreichend in das Interesse hineinziehe, sich vor Unfällen zu schützen, so also die prohibitorische Wirkung des Hertling'schen Antrages nicht erst durch Belastung der Krankenkassen herbeigeführt werden brauche. Geh. Rath Boediker rechnete noch heraus, daß nach der Regierungsvorlage bereits 1/3 der ganzen Unfallkosten den Unternehmern verbleiben, und nur 2/3 den Arbeitern aufgebürdet werden sollten, was den liberalen Mitgliedern Veranlassung gab, zu bemerken, daß, wenn es sich um so minimale Beträge handle, man um so weniger Bedenken tragen brauche, im Interesse des sozialen Friedens die ganze Last des Unfalles den Betriebsunternehmern aufzubürden. Die Sitzung ward dann trotz Widerspruch aus dem Zentrum ohne Abstimmung über die Anträge vertagt.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 26. April, Abends 7 Uhr.

Reichstag. Ein Schreiben des Stellvertreters des Reichskanzlers, Staatsministers Scholl, über die näheren Umstände bei der Verhaftung Vollmar's und Frohme's befreit die Verlesung der Reichsverfassung, da die Verhaftung Frohme's nicht während der Sitzungen des Reichstages, sondern während der Vertagung vorgenommen sei; gegen Vollmar sei die Polizeihaft überhaupt nicht angeordnet worden. Bei beiden sei nichts Gravirendes vorgefunden. Das Schreiben geht an die Geschäftsordnungskommission.

Das Haus nahm fast ohne Debatte die §§ 16 bis 21 unverändert, und die §§ 22 bis 46 des Krankenlastergesetzes mit unwesentlichen Änderungen an und setzte die Abstimmung über den § 30 aus. Darauf vertagte sich das Haus auf morgen.

— Zum Antrag der Augsburger Staatsanwaltschaft auf Genehmigung der strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Vollmar beschloß die Geschäftsordnungskommission des Reichstages die Verfassung der Genehmigung zu beantragen.

— Die Senatorenkonvente des Reichstages und des Landtags einigten sich per majora dahin, daß das Abgeordnetenhaus Vormittags, der Reichstag Nachmittags die Sitzungen beginnt.

Bremen, 26. April. Der Dampfer „Standard“ sprach den Lloyd-Dampfer „Habsburg“ am 17. April auf 48 Grad Breite und 23 Grad Länge mit gebrochener Welle an. Sonst an Bord Alles wohl.

Warschau, 26. April. In Folge eines in einer Tischlerwerkstatt ausgebrochenen Feuers sind 16 Personen verbrannt.

In Folge des Streites der Fabrikarbeiter in Byrdow wurde Militär dorthin abgeschickt zur Verhaftung der Anführer. Das Militär, mit Steinen beworfen, gebrauchte die Waffen und wurden dabei 2 Arbeiter getödtet und 5 schwer verwundet.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* **Technologisches Lexikon.** Handbuch für Gewerbetreibende und Industrielle von Dozent G. Breslow, Dr. D. Dammer und Prof. C. Höver. In zwei Bänden oder 30 Lieferungen à 50 Pf. mit nahezu 800 Abbildungen. Ottav. Leipzig. Bibliographisches Institut, 1888. Fünf weitere Lieferungen liegen uns jetzt von diesem ersten populären technologischen Lexikon vor, zu dessen Bearbeitung sich drei hervorragende Autoritäten zusammengelassen haben. Auch diese neuen Lieferungen zeigen es evident, wie vorzüglich dieses Werk durch seine Form, durch seine klare, verständliche Sprache und durch die zahlreichen erläuterten Abbildungen dazu angethan ist, ein Orientierungsmittel über alle Gewerbe und Industrien zu sein. Der hohe Werth, den ein solches Werk für Kleinindustrielle, Handwerker und deren Gehilfen, so wie für die Schüler der technischen Bildungsanstalten haben muß, wird jedem einleuchten, der da weiß, wie wichtig, ja nothwendig es für diese heutige Zeit ist, auf möglichst vielen Gebieten des Gewerbes und der Industrie Kenntnisse zu besitzen und namentlich auf denen, die dem eignen Gebiet verwandt sind.

* Wir hatten im vergangenen Jahre Gelegenheit, unseren Lesern ein von dem Lehrer der X. Fortbildungsschule in Berlin, G. Wallies, verfaßtes Lehrbuch der einfachen Buchführung zu empfehlen und geriet es uns zur Genugthuung, unser damaliges Urtheil dadurch bestätigt zu sehen, daß dieses Lehrbuch soeben in zweiter Auflage erschienen ist. Von demselben Verfasser erscheint gleichzeitig im Anschluß an das obige Werk ein „Lehrbuch der doppelten Buchführung“, welchem dieselben Vorzüge der Anschaulichkeit, Klarheit und Rücksichtnahme auf das praktische Erlernen eigen sind, wie demjenigen der einfachen Buchführung. Besondere Sorgfalt hat der Verfasser dem „Journal“ mit Rücksicht darauf zugewendet, daß gerade dieses Buch den die doppelte Buchführung Erlernenden stets die größten Schwierigkeiten bereitet; ferner veranlaßt er die Buchführung in Handels- (offenen, Kommandit- und Aktien-) Gesellschaften, sowie in Fabrikgeschäften und erklärt zum Schluß diejenigen Punkte des Buchs, die in der „einfachen Buchführung“ unberührt geblieben sind. Beide Bücher, im Verlage von Leonhard Simon in Berlin erschienen, sind gut ausgestattet und glauben wir bei dem mäßigen Preise von 1 Mark für die „einfache“ und 2 Mark für die „doppelte“ Buchführung jedem Interessenten die Anschaffung mit bestem Gewissen anrathen zu dürfen.

* In der Verlagsbuchhandlung von Eduard Heinrich Mayer in Köln erschien: Die vierte, vielfach vermehrte und verbesserte Auflage von Dr. F. von Englische Handelskorrespondenz. 8°. Preis 2 M. Der Verfasser sagt im Vorwort: „Durch den immer zunehmenden kommerziellen Verkehr mit dem Auslande ist es dem gebildeten deutschen Kaufmann Bedürfnis geworden, sich mit der englischen und französischen Korrespondenz vertraut zu machen. Hierzu reicht aber die Kenntniß der Sprache, wie sie die Schule ihm giebt, nicht hin, sondern er hat sich insbesondere mit all den eigenthümlichen Formen und Ausdrücken bekannt zu machen, welche den kaufmännischen Stil einer Nation charakterisiren. So wie

die französische Handelskorrespondenz sich durch eine gewisse Eleganz und Urbanität auszeichnet, ebenso sehr macht die englische auf Kürze, Präzision und Korrektheit Anspruch. Diese besondern Vorzüge lassen sich auf theoretischem Wege nicht erlangen, sondern müssen aus autogewählten, dem wirklichen Geschäftsleben entnommenen Musterbriefen erlernt werden. Eine Sammlung solcher Musterbriefe, die den besten in neuerer Zeit in England erschienenen Briefstellern entlehnt sind, bietet das vorliegende Werkchen dar. Die Briefe erstrecken sich über alle im Wechsel- und Waarenhandel vorkommenden Geschäftsvorfälle, und sind auf die neuesten Handelsverhältnisse, mit besonderer Rücksicht auf den Verkehr mit England berechnet.“

* „Das Buch für junge Mütter“, von Dr. Carl Piderit. Vierte Auflage, neu bearbeitet und herausgegeben von Dr. med. Clasen. Verlag von Helbig & Klasing in Bielefeld. Preis broschirt 1 M., gebunden 1.50 M. Der verdienstvolle Verfasser des vorstehenden Büchleins, der Heime Hof- und Medizinalrath Dr. Piderit in Detmold, als praktischer Arzt ebenso beliebt und gesucht wie als gelehrter Mediziner bedeutend und namentlich auf dem Gebiete der Kinderkrankheiten erfahren, wurde durch die Beobachtung der zahlreichen, in den Wochen- und Kinderstuben herrschenden üblen Sitten und schädlichen Gewohnheiten zur Abfassung dieser Anweisung zu einer richtigen Haltung und Lebensordnung der neugeborenen und kleinen Kinder bewogen. In den Kreisen, in welche dasselbe eingebracht ist, hat dies Büchlein, das sich in kurzer und bündiger Form ohne alles gelehrte Aussehende oder sonst unnötige Weitläufigkeit auf das rein Praktische und Nothwendige beschränkt, seinen Zweck erreicht und zur Erhaltung der Gesundheit und des Lebens der kleinen Kinder beigetragen.

* Zu den interessantesten Wissenschaften gehört unstreitig die Chemie, deren bedeutenden Fortschritten wir in neuerer Zeit ebenso eine geläuterte naturwissenschaftliche Erkenntniß, wie zahlreiche Erfolge auf industriellen, technischen und gewerblichen Gebieten zu verdanken haben. Ein Werk nun, welches sich die Aufgabe gestellt hat, zur Popularisirung dieser Wissenschaft beizutragen, welches sich an alle diejenigen wendet, denen Beruf oder Neigung das Studium der Chemie wünschenswerth oder interessant erscheinen läßt, liegt gegenwärtig vor. Es betitelt sich: „Chemische Unterrichtsbriefe für das Selbststudium Erwachsener“. Mit besonderer Berücksichtigung der neuesten Fortschritte der Chemie und unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner und Gelehrten herausgegeben von Hermann Krämer. (Verlag von Leopold & W. in Leipzig.) Das Werk sucht also den Lehrer zu ersetzen, ein Verzicht, der auf sprachlichem, wie wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiete bisher mit großem Glück betreten worden ist, so daß wir kaum daran zweifeln, daß auch das vorliegende Werk in der gleichen Weise denjenigen, die es benutzen, das gewünschte Ziel erreichen helfen wird. Der uns vorliegende erste Brief (Preis 1 Mark), welcher durch eine in der That geübene Ausstattung von vornherein für sich einnimmt, geht nach einer kurzen Einleitung über den Werth des Studiums der Chemie und einem kurzen Abriss der Geschichte derselben sofort zu praktischen Studien über und wird dem Lernenden um so nützlicher sein, als er von vornherein zu lehrreichen chemischen Experimenten gelangt, die ihm die Theorie überwinden helfen und für das Studium festeln. Die Sprache ist eine angemessene und der Gang des Unterrichts ebenso verständlich als einfach, so daß wir die „Chemischen Unterrichtsbriefe“ von vornherein allen denen empfehlen können, die auf diesem Gebiete sich Kenntnisse erwerben wollen.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 26. April.

d. Mit dem Verlauf der Debatten über den Windthorst'schen Antrag sind der „Diennit Poin.“ und der „Kurver Poin.“ im Allgemeinen ganz zufrieden. Der „Kurver“ meint: die Gegner der Kirche hätten zwar noch einmal einen Sieg davongetragen, aber es sei dies ein Pyrrhus-Sieg; ihre Reihen hätten sich stark gelichtet, und ein bedeutender Theil derselben habe unabweislich sich bereit gezeigt, in nicht ferner Zeit in dieser Frage zum Lager des Zentrums überzugehen, so daß die Regierung in der nächsten Schlacht sich auf die Seite der Katholiken stellen müsse, wenn sie die Majorität erzielen wolle. Vor zwei Jahren, d. h. bei den letzten Beratungen über den Windthorst'schen Antrag, hätten die Konservativen als das einzige Heilmittel die diskretionäre Gewalt erachtet; gegenwärtig verlangen sie eine organische Revision der Mairgesetze nach vorheriger Verständigung mit dem heil. Stuhle. Vor zwei Jahren hätten für den Windthorst'schen Antrag außer dem Zentrum und den Polen nur sieben, diesmal dagegen zweihundredig Mitglieder anderer Fraktionen gestimmt. — Der „Diennit Poin.“ legt eine ganz besondere Bedeutung der amtlichen Erklärung des Kultusministers v. Götzer bei: „daß die Regierung sich im Prinzip mit dem Inhalte des Windthorst'schen Antrages einverstanden erkläre, daß jedoch in dieser Angelegenheit gegenwärtig noch Verhandlungen mit Rom schweben.“ Aus dieser Erklärung des Herrn Ministers, aus den bei der Debatte gehaltenen Reden, aus der gesammelten im Abgeordnetenhaus und in der Presse herrschenden Atmosphäre sei zu ersehen, daß die in dem Windthorst'schen Antrage unternommene Sache sich auf gutem Wege befinde, und daß die Aufhebung der für die Ertheilung der Sakramente und das Lesen der Messe festgesetzten Strafe nur noch die Frage einer kurzen Zeit sei. Der „Diennit Poin.“, als Organ der nationalen Polenpartei, knüpft hieran die Bemerkung: die Freiheit auf dem Gebiete des religiösen Glaubens sei zwar eine wichtige und heilige, aber nicht die einzige; eine nicht minder unantastbare Wahrheit sei das Recht der nationalen Freiheit.

d. Kirchen und Triangulationsmarken, das scheinen zwei ganz heterogene Dinge zu sein, die gar Nichts mit einander zu thun haben; und doch ist es nicht so; gerade Kirchen und Kirchthürme werden bei Triangulationen gern als feste Punkte benutzt und an den Mauern derselben in bestimmter Höhe über dem Spiegel der Offsee Triangulationsmarken angebracht. An den „Kurver Poin.“ war nun eine Anfrage gerichtet worden, wie sich die Kirchenvorstände gegenüber dem Verlangen der betr. Behörden, daß die Einmauerung von Triangulationsmarken (gewöhnlich eisernen hervorstehenden Bolzen) in die Mauern gestattet werde, zu verhalten haben. Der „Kurver“ beantwortet diese Frage nach den „eingezogenen Informationen“ dahin, daß ein solches Verlangen den Triangulations-Bureaus abschlägig zu befehlen sei. Nach § 1 des Gesetzes vom 7. Okt. 1865 und 7. April 1869 in Betr. der Triangulationen seien Kirchen nicht verpflichtet, derartige Marken aufzunehmen; es erbeide also die Klugheit, unthätig zu bleiben, die Anbringung solcher Marken an den Kirchen zu gestatten. Obwohl die Sache geringfügig erscheine, lehre doch die Erfahrung, daß man dem Fiskus und der Polizei gegenüber nicht vorsichtig genug sein könne, und es am besten sei, denselben nicht einmal einen Vorwand zu geben, sich in die Kirchen einzumischen.

— **Impfplan.** Die Bestimmung der Räumlichkeiten der Mittelschule und anderer städtischer Schulen für die Wiederimpfung der Schüler einzelner Privatheilsanstalten hiesiger Stadt beruht, wie uns von zuständiger Seite mitgetheilt wird, lediglich auf einem Versehen des Arztes, welcher den Impfplan entworfen hat. Dieses Versehen ist bereits vor dem Erscheinen der Notiz in der gestrigen Morgennummer unserer Zeitung redressirt worden.

d. Die hiesige polnische Gesellschaft „Stella“ wird am 13. September d. J. zur Erinnerung an die Entdeckung Wiens i. J. 1683 ein Fest veranstalten.

r. Die israelitische Waisen- und Knaben-Anstalt hielt heute ihre Generalversammlung ab. In derselben wurden die 5 ausscheidenden Vorstands-Mitglieder, die Herren Geh. Kommerzienrath W. Jaffe, Kaufmann J. Friedländer, Kaufmann Wolf Kronthal, Kaufmann Salomo Heilbronn, auf 2 Jahre wiedergewählt.

r. Von den Drilling-Knaben, über deren Geburt wir in der heutigen Morgenzeitung Mittheilung brachten, sind nach einem uns von dem Vater der Drillinge, einem braven Maurer in Pietrowo

beim Rochusfort, zugegangenen Schreiben bereits am gestrigen Tag 2 gestorben. Wir entnehmen dem Schreiben weiter, daß in der Nacht, wo die Entbindung stattfand, der Vater vergebens 4 Arzt um ihren Beistand gebeten hat, da keiner derselben den Weg nach Pietrowo hinaus machen wollte, und daß erst Herr Ober-Stabsarzt a. D. Sanitätsrath Dr. Girschberg, sich hat bewegen lassen, der Mutter in ihren Nothen Beistand zu leisten. Der Vater erklärt, daß er nur diesem edlen Herrn und der Gebarmutter Frau Radziska es nächst Gott zu danken habe, daß seine Frau vom Tode gerettet und die drei Knaben lebend geboren worden sind.

V. **Unruhstadt, 25. April.** [Börsen- und Koncert.] Am Sonntag fand ein Gesangs-Konzert von Seiten des hiesigen Männergesangsvereins zum Besten des hiesigen Hospitals statt. Das Programm war ein sehr gut gewähltes und die einzelnen Vorträge befriedigten die Zuhörer sehr. Es wurde ein Ertrag von 160 Mark erzielt.

V. **Wieschen, 25. April.** [Besitzveränderungen.] In dem Zeitraum von einem Jahre (seit April v. J.) haben im hiesigen Kreise 5 größere Rittergüter mit zusammen ca. 3318 Hekt. Areal ihre Besitzer gewechselt. Davon sind 4 Güter, und zwar Gzermien, Rucelow, Wiczyn und Jafowice, mit einem Gesamt-Areal von 2052 Hekt. (ca. 8040 Morgen) aus polnischen in deutsche Hände übergegangen, während das fünfte verkaufte Gut, Lenartowice, mit 1266 Hekt. Areal — bisher in deutschem Besitz — auch wieder an einen Deutschen verkauft worden ist. Die gezahlten Preise variirten zwischen circa 170 und 260 Mark pro Morgen.

Δ **Wissa, 25. April.** [Verschönerungsverein. Schulhausangelegenheit.] Der hiesige „Verschönerungsverein“ hielt dieser Tage im Rathhause die statutenmäßige Generalversammlung ab. Aus der Verhandlung, welche der Vorsitzende des Ausschusses, Kanzleirath Grundmann, vortrug, ist hervorzuhellen, daß die Einnahmen des Vereins in den zwei Jahren vom 1. April 1881 bis dahin 1883 incl. eines städtischen Zuschusses von 600 Mark: 2367.12 Mark, die Ausgaben 1796.52 Mark, der Barbestand 570.60 Mark betragen. Seit Bestehen des Vereins ist derselbe für die Erhaltung, Pflege und Verschönerung der städtischen Anlagen in jeder Weise bemüht gewesen. Zum Bau des (nunmehr vollständig bezahlten) Kriegerdenkmals sind von dem Verein allein 2100 Mark an Beihilfe gewährt worden, ferner nicht unbedeutende Summen für die Anlage des zweiten Springbrunnens im Schloßpark, den Bau eines massiven Durchlasses auf der nördlichen Seite des Schloßparks, die Bepflanzung des neuen Ringes und der Straße von der Infanteriesäule nach der Wühlgrube mit Kastanien, der Straße nach Wolschub mit Ahornbäumen, für die Anlage der Promenade auf dem zugehörenden Theile des Wallgrabens hinter dem Kirchhofe, die Einfriedigung des Kirchhofes und eines Theiles des Schloßparks mit starkem Bandseisen, die Anschaffung einer Anzahl Ristfächer für den Schloßpark, den Kirchhof und die Promenade, sowie für die Unterhaltung der zur Reinhaltung des Schloßparks nöthigen Wasservögel verausgabt worden. Für die in diesem Jahr geplante Aufführung einer neuen hölzernen Barriere an der Westseite des Schloßparks sind die Kosten ebenfalls bereits bewilligt. — Bezüglich des durch die Unzulänglichkeit der jetzigen Unterrichtsräume bedingten Neubaus des katholischen Schulhauses haben mehrere Versammlungen der katholischen Hausväter stattgefunden, die jedoch resultatlos verlaufen waren. Die Regierung zu Posen hat nun in Folge eines früher in dieser Angelegenheit von der Schulgemeinde gestifteten ablehnenden Beschlusses bestimmt, daß in einer nochmals einzuberufenden Versammlung festgestellt werden solle, ob überhaupt ein Neu- oder Umbau erforderlich, und wenn dies der Fall, wie viel die Gemeinde zu den Baukosten beitragen könne; die Regierung wolle dann überseits in Erwägung ziehen, wie viel der Schulgemeinde an Staatsbeihilfe zum Neubau gewährt werden kann. Dieser Tage fand die angeordnete Versammlung der katholischen Gemeindeglieder statt, in welcher die Nothwendigkeit des Neubaus anerkannt und beschlossen wurde, daß die im Vorderbaue des Schulgebäudes vorhandenen Räume intakt bleiben und, falls geeignete Lokale für vier weitere Lehrklassen nicht miethsweise zu erlangen sind, an der Kirchstraße ein neues Schulgebäude erbaut werden solle.

? **Neutomischel, 25. April.** [Pfarrstelle. Verschönerungsverein. Abschiedspredigt.] Die Verwaltung der Pfarrstelle hieselbst ist während der Dauer ihrer Balanz dem Herrn Pastor Illgner zu Friedland übertragen worden, und werden von demselben während dieser Zeit sämtliche kirchlichen Amtshandlungen, die in der hiesigen Pfarrgemeinde vorkommen, wahrgenommen werden. — Vor Kurzem fand im Rausch'schen Saale unter dem Vorsitze des Herrn Landraths Klapp eine Generalversammlung des Verschönerungsvereins hieselbst statt. Bei der Vorstandswahl wurde Herr Landrath Klapp zum Vorsitzenden des Vereins, Herr Bürgermeister Witte zum Schriftführer, Herr Kaufmann Peifert zum Kassirer, die Herren Hotelbesitzer G. Töfing, Maurermeister Luz und Kaufmann C. Tepper zu Beisitzern wiedergewählt. Aufgabe des Vereins wird es im Laufe dieses Jahres sein, auf geeigneten Plätzen in hiesiger Stadt Trottoirplatten, von denen bereits zwei Waggonladungen auf dem Bahnhofe hieselbst angekommen sind, zu legen. An Hausbesitzer in hiesiger Stadt, welche Mitglieder des Vereins sind, werden diese Platten zum halben Kostenpreise von dem Vereine abgegeben werden. — Herr Pfarrer Schmidt hieselbst, welcher morgen mit seiner Familie nach seinem neuen Bestimmungsorte Vieh überföhrt, hielt am vergangenen Sonntage in der hiesigen evangelischen Kirche, welche äußerst zahlreich besucht war, seine Abschiedspredigt.

!! **Wreschen, 25. April.** [Aus der Stadtverordnetenversammlung. Ueberfahren. Vorschussverein.] In der Stadtverordnetenversammlung am 21. d. Mts. wurde dem Cand. theol. Herrn Dellers für die von ihm geleitete Privatknabenschule eine Subvention von 300 Mark pro Jahr bewilligt. Für diese Subvention sollen besäßigte Kinder unbemittelter Eltern freischule genießen. Zur Regelung dieser Angelegenheit ist eine Kommission, bestehend aus den Herren Dr. Bernacki, Rentier Widemann und Kaufmann Hugo Ehrenfried gewählt worden. Betreffend die Errichtung eines Gemeinde-Schlachthaus hat die Regierung die Konzeption zum Bau nach überreichtem Gemeindefestbeschlusse erteilt, jedoch mit dem Vorbehalt, daß das Regulativ nach dem in Kempten bestätigten Statute anzufertigen ist. Die Uebergabe des Schlachthaus wird bestimmt am 1. Januar 1884 erfolgen. — Der Fuhrknecht Albert Schneider, im Dienste des Herrn Hugo Seiffert hieselbst, wollte auf der Fahrt von Strzalkowo nach Wreschen die ihm vorgekommenen Fuhrwerke überholen, wurde jedoch bei dieser Gelegenheit vom Wagen geschleudert und von den Rädern derartig verlest, daß er nach dem hiesigen Lazareth geschafft werden mußte, wo er nach unglücklichen Schmerzen gestorben ist. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft ist die Leiche seziert worden. — Der Vorschussverein (eingetr. Genossenschaft) für Wreschen hielt am vergangenen Sonntage seine diesjährige ordentliche General-Versammlung ab, zu welcher sich ein großer Theil der Mitglieder eingefunden hatte. Der Kontrolleur berichtete über die günstige finanzielle Lage des Vereins im abgelaufenen Geschäftsjahre, welche gestatte, dies Mal eine Dividende von acht Prozent zu vertheilen. Zur Prüfung der Kassenvorlage wurde eine Kommission gewählt. Zum Schluß wurde die Vorstandswahl vorgenommen; es wurden gewählt die Herren: Bürgermeister Domlowicz, Sekretär Schred, Kaufmann A. Meizer, Kaufmann C. Ranbut und Hugo Seiffert.

∞ **Schneidemühl, 25. April.** [Zuwendungen. Marktpreise. Wahl.] In diesen Tagen sind im Regierungsbezirk Bromberg die Fonds zu einmaligen Zuwendungen pro Etatsjahr 1882 bis 1883 an die Elementarlehrer zur Vertheilung gelangt. Auch einige hiesige Lehrer sind mit Beträgen von 60 und 80 M. bedacht worden. — Die letzten Marktpreise waren hier für 100 Kilogramm Roggen 11.50—12.50 M., Gerste 10.50—11.50 M., Hafer 10.40—11.20 M., Erbsen 13—14 M., Kartoffeln 6—6.50 M., Heu 4.50—5 M., Stroh

2,50—3 M., 1 Kilogr. Butter 80—80 Pf., Schweinefleisch 50—70 Pf., Hammelfleisch und Rindfleisch 45—50 Pf. und ein Schock Eier 2,40 M. — Zu Mitgliedern der Synode des Kirchenkreises Schneidemühl aus der Parochie Kolmar i. B. sind der Kreissekretär Gumb in Kolmar und die Gutbesitzer Buraw in Dronow und Milbradt in Podanin gewählt worden.

W. Mordorff, 25. April. [Selbstmord.] Heute früh wurde auf dem hiesigen katholischen Kirchhofe eine Mannsperson in sitzender Stellung an einem Baum erhängt gefunden. Seitens der hiesigen Polizeiverwaltung wurde durch die sofort angestellten Erhebungen ermittelt, daß der Erbangehörte der Zimmermann Gottlieb Kern aus Schroda ist. Kern trieb sich seit ca. 14 Tagen in hiesiger Stadt umher und hat während dieser ganzen Zeit dem Trunke sehr gefröhnt. Er hatte sich schon am 20. d. M. am hellen Tage an einem Statuenpfeiler in der Breichener Straße aufgehängt, war aber noch rechtzeitig abgeschnitten worden. Die Motive zu dem Selbstmorde sind bisher nicht bekannt.

† Fohlenverlust, 25. April. [Pferdeverlust.] Bei der heute früh selbst abgehaltenen Pferdeverlustung fiel der 1. Hauptgewinn, eine Equipage mit Viergespann, auf Nr. 13008, der zweite Hauptgewinn, eine Equipage mit Zweigespann, auf Nr. 2801. Ferner gewonnen folgende Nummern Pferde: 801, 1803, 1961, 2610, 5426, 6433, 6950, 9003, 9542, 11438, 12156, 12534, 13040, 13191, 14864, 14888, 15652, 16494, 16562, 17066, 18303, 18911 (2 Ponys), 19020, 20207, 20948, 21415, 22336, 23138, 26055, 26592, 26627, 26852, 28748, 29592.

Aus dem Gerichtssaal.

Δ Posen, 25. April. [Schwurgericht. Meineid und Anstiftung dazu.] Der 16 Jahre alte Arbeitersohn Marcell Dudka aus Gostyn ist angeklagt, am 13. Januar d. J. vor dem hiesigen Schöffengericht den vor seiner Vernehmung geleisteten Eid durch ein falsches Zeugnis wissentlich verletzt zu haben; die beiden Mitangeklagten, die Fleischergesellen Anton Cieslewicz und Joseph Januszkiewicz, sind beschuldigt, den Angeklagten Dudka zu dem von ihm begangenen Verbrechen durch Drohungen vorsätzlich bestimmt zu haben. Der Sachverhalt ist folgender: Im August v. J. wurden dem Fleischergesellen Matecki aus Moschin ein Pferd im Stalle erschossen. Die beiden Angeklagten Cieslewicz und Januszkiewicz erschienen der That verdächtig und zwar sollten sie von einem anderen Fleischergesellen, Namens Winkler, welcher mit dem Matecki auf gekauften Fuße stand, dazu angestiftet worden sein. In dem Ermittlungsverfahren wurde auch der Angeklagte Dudka als Zeuge vernommen und hauptsächlich auf seine belästigende Aussage hin wurde demnachst gegen Cieslewicz, Januszkiewicz und Winkler Anklage erhoben. Dudka hatte nämlich bei seiner ersten polizeilichen Vernehmung etwa Folgendes ausgesagt: Er habe von dem Anton Cieslewicz selber gehört, daß Winkler dem Januszkiewicz 6 Mark dafür versprochen habe, wenn derselbe das Pferd des Matecki tödliche. Januszkiewicz habe sich gefürchtet, die That allein zu vollziehen und deshalb ihn, den Cieslewicz, mitgenommen. Letzterer habe dann auch das Pferd erschossen, während Januszkiewicz vor dem Stalle Wache gestanden habe. In dem ersten Hauptverhandlungstermin am 30. Oktober vorigen Jahres wurde Dudka, da er damals noch nicht eideidmündig war, uneidlich vernommen. Er bestritt den Inhalt seiner polizeilichen Aussage und behauptete, damals so angetrunken gewesen zu sein, daß er nicht mehr wisse, was er ausgesagt habe. Die Verhandlung wurde auf den 13. Januar d. J. vertagt und in diesem Termine der Dudka nochmals, jetzt aber eideidmündig vernommen. Er blieb auch dies Mal dabei, daß seine Angaben bei der polizeilichen Vernehmung unwahr gewesen seien und daß er selbst damals vollständig betrunken gewesen sei. Bezüglich der letzteren Behauptung ist durch die übereinstimmenden Aussagen mehrerer Zeugen das Gegenteil erwiesen worden. Dudka wurde darauf wegen Verdrachts des wissentlichen Meineides sofort verhaftet. Er räumte bei seiner verantwortlichen Vernehmung ein, daß er einen Meineid begangen habe und zwar sei er dazu durch die beiden Angeklagten Cieslewicz und Januszkiewicz getrieben worden. Diese beiden hätten ihm nämlich gedroht, sie würden ihm ihre Messer in den Leib rammen, wenn er vor Gericht gegen sie aussagen würde, und so habe er denn aus Furcht seine früheren wahrheitsgetreuen Angaben widerrufen.

Dudka hat in der heutigen Verhandlung sein Geständnis offen und reumütig wiederholt, während die beiden anderen Angeklagten ihre Schuld bestritten. Die heutige Beweisaufnahme hat aber zunächst ein hinreichendes Belastungsmaterial dafür gegeben, daß Cieslewicz und Januszkiewicz in der That damals das Pferd des Matecki getötet haben, daraus ergibt sich als genügendes Motiv zur Anstiftung des Dudka die Befürchtung vor einer Verurteilung auf Grund einiger wahrheitsgemäßen Aussagen des Dudka.

Die Geschwornen sprachen alle drei Angeklagten der ihnen zur Last gelegten Straftat schuldig. Das Urteil des Gerichtshofes lautete gegen Dudka auf 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis und gegen jeden der beiden anderen Angeklagten auf 1 Jahr und 6 Monate Zuchthaus.

Juristisches.

* Eine Eisenbahn-Gesellschaft hatte einer Gemeinde im Wege des Expropriationsverfahrens eine Strecke eines Vignallweges abgenommen. Sie verlangte demnachst den enteigneten Theil des Vignallweges, welcher bis dahin dicht bei einer Gastwirtschaft vorüber gegangen war. Der Gastwirt klagte wegen der ihm durch Verlegung des Weges abgeminderten Frequenz seines Gasthauses auf Zahlung einer Entschädigung von 2000 M. gegen die Eisenbahn-Gesellschaft.

Die Klage wurde abgewiesen und wies das Reichsgericht die gegen dieses Erkenntnis eingelegte Revision zurück.

Die für die Abweisung maßgebenden Gründe sind im Wesentlichen folgende:

Entschädigungsberechtigt neben den Expropriirten selbst sind nur diejenigen Eigentümer, deren Besitzthum durch die in Verfolg der Expropriation veranlaßten Maßnahmen direkt minderwerthig gemacht oder entwerthet wird.

Wird also a. B. durch Höher- oder Tieferlegung einer Straße die Benutzung der Thüren oder Fenster eines anliegenden Hauses beeinträchtigt oder gar verhindert, so ist der Entschädigungsanspruch zweifellos; ebenso unbedingt wird ein solcher Anspruch dann Platz greifen, wenn durch eine in Folge der Expropriation getroffene Maßregel der Gewerbebetrieb des Betroffenen u. n. m. g. l. gemacht, wenn also a. B. ein öffentlicher Kanal, ein Fluß u. s. w., an welchem eine Mühle, eine mit Wasser betriebene Fabrik, eine Badeanstalt liegt, abgeleitet wurde.

Alle diese Umstände liegen hier nicht vor, die Wirtschaft des Klägers mag durch die Wegesverlegung in ihrer Frequenz geschädigt sein, allein sie besteht trotzdem weiter fort, da die Straße vor der Verlegung nicht den alleinigen Zugang bot. Es fehlt hier also das entscheidende Moment der unmittelbaren Beziehung der Anlage zum Gewerbebetriebe.

Ist danach aber kein wohlverworbenes Privatrecht verletzt worden, so fehlt auch die Grundlage für einen Entschädigungsanspruch.

Zweiter Kongress für innere Medizin.

Wiesbaden, den 20. April.

(Rhein. Kur.) Auf der Tagesordnung der dritten Haupt Sitzung stand die Frage der abortiven Behandlung der Infektionskrankheiten; Referent: Professor Vinz (Bonn). Referent leitete seinen Vortrag ein mit der Bemerkung, daß das medizinische Geil der Zukunft nicht nur

in der Hygiene beruhe, sondern in der richtig gewählten Heilung dessen, was auch die beste Gesundheitspflege niemals werde verhindern können. Das Chinin sei unstreitig das Arzneimittel, welches am bestmöglichen die Macht gezeigt hat und noch zeigt, parasitäre Krankheitszustände zu unterdrücken. Bis zu den Arbeiten des Referenten sei man über die Art und Wirkung des Chinins im Organismus wenig oder gar nicht unterrichtet gewesen. Es habe sich nun herausgestellt, daß das Chinin diese Wirkung ausübt, indem es als chemisches Agens direkt den frucht machenden Ursachen zu Leibe geht. Die Pilzforschungen der neuesten Zeit hätten gezeigt, daß auch dem Sumpf oder Wechselfieber die Aufnahme eines Pilzes zu Grunde liegt und es konnte nun an der Hand einer Reihe von rein theoretischen, sowie ärztlich praktischen Thatsachen bewiesen werden, daß gerade dieser Pilz vom Chinin im Organismus des kranken Menschen getroffen wird und daß mit der Ursache der Erkrankung auch ihre sämtlichen Wirkungen wegfallen. Hat man nun auch nur an einem einzigen Mittel in dieser Weise erprobt, daß es im Stande sei, im Innern der Säfte und Gewebe das Krankheitsgift aufzulösen, zu lähmen und zu vernichten, so geht daraus, wie Referent nachzuweisen versucht, jedenfalls die Möglichkeit hervor, daß dies auch gegenüber anderen Krankheiten mit andern chemischen Mitteln gelingen würde. Referent widerlegt die Bedenken, welche man einer solchen Möglichkeit entgegenzusetzen hätte. Vor der Einführung der Chininrinde und der Entdeckung des in ihr enthaltenen Chinins sei die Menschheit dem Sumpffieber gegenüber ganz in derselben schwierigen Lage gewesen, in welcher sie sich heute der Diphtheritis und Tuberkulose gegenüber befindet. Was dort möglich war, wird es für die Zukunft hier um so leichter sein können, als der heutigen medizinischen Forschung und Progreß ganz andere Hilfsmittel und Wege zu Gebote stehen, als sie unseren Vorfahren in früheren Jahrhunderten geboten haben. Es hat sich im Laufe der Forschungen des letzten Jahrzehnts immer mehr herausgestellt, daß die besten fieberwidrigen Arzneistoffe auch säulnwidrig sind. Ist diese eine Bedingung erfüllt, so wird noch eine zweite und dritte erforderlich, um das Antiseptikum zu einem Fieberheilmittel zu machen: es sind die relative Unschädlichkeit des Medikaments gegenüber dem Nervensystem und seine Unzerstörbarkeit oder Unbindbarkeit in den Körperflüssigkeiten; diese drei Eigenschaften gehören dem Chinin an und von ihnen ausgehend hat man weiter gesucht. Da sind es denn besonders mehrere Körper, welche der Karbolsäure nahe verwandt sind, die nur weniger scharf und ätzend sich erweisen, als jene. In der That zeigen diese Körper Antiseptik, Unschädlichkeit und Bestand im Organismus: Salicylsäure, Hydrochinon, Rosorcin, Chinolin u. s. w. Es liegen bereits klinische Berichte vor, welche diesen Mitteln Wirkungen zuweisen, die durchaus denen des Chinins ähnlich sind, und so stehen wir vor der Hoffnung, daß auf Grund des heutigen wissenschaftlichen Standpunktes sich die Mehrzahl der gleich dem Chinin legerreich wirkenden Heilmittel erweisen wird.

Der Korreferent, Prof. Kossbach (Jena), glaubt aus einer Reihe von Thatsachen folgen zu können, daß auch gleich dem Chinin kontra Malaria, das der Referent behandelt, es auch für die anderen Infektionskrankheiten Abortivmittel gebe; er erinnert an das Quecksilber gegen Syphilis, das Salicyl gegen Gelenkrheumatismus u. s. w. Weitere Mittel gelte es aufzusuchen. Von der Annahme ausgehend, daß es Menschen giebt, welche gegen die eine oder andere Infektionskrankheit geküßt erscheinen, schließt Redner, daß man durch eine geeignete Behandlung auch andere Personen in diesen Zustand versetzen könne. Sein Vorschlag geht schließlich dahin, eine Kommission zu bilden, die aus der Zahl der von der Chemie gebotenen Mittel diejenigen hervorhebe, welche sich voraussichtlich gegen die Infektionskrankheiten anwenden lassen; dieselbe Kommission sodann zu beauftragen diese Mittel hinsichtlich ihrer Wirkung und Eigenschaften im Laboratorium zu untersuchen und dann endlich dieselben einer praktischen Prüfung am Krankenbette zu unterziehen. Das Resultat dieser Kommissionsarbeiten sei schließlich behufs statistischer Verwerthung zusammenzustellen und zu publizieren. Die Tendenz des Vortrages läuft darauf hinaus, den Gang der therapeutischen Forschung systematisch zu organisieren.

Die Diskussion wird durch Professor Jürgensen (Lüdingen) eröffnet, der den Ausführungen des Referenten gegenüber seinen gegnerischen Standpunkt betont. — Prof. Hoffmann (Dortm.) theilt die Beobachtungen mit, die sich bei der Injektion von Chinin in alkoholischer Lösung ergeben, den Darlegungen von Jürgensen praktisch Recht gebend. — Prof. Ebslein (Göttingen) faßt seine Anschauung dahin zusammen, daß man bei Bekämpfung der Infektionskrankheiten bestrebt sein solle, die Parasiten auf einem anderen Wege aus dem Körper zu entfernen, bevor man sie tödten könne. — Dr. Thudichum (London) will den menschlichen Körper bezüglich der chemischen Kräfte, die in ihm herrschen, in umfassender Weise, wie bisher, untersucht wissen. Die von Kossbach gemachten Vorschläge hält er für hoffnungslos. Er spricht die Hoffnung aus, daß die Zukunftsmethoden große Laboratorien und Versuchsanstalten mit den Hospitälern vereinigen werde. — Professor Leyden (Berlin) acceptirt den von Kossbach gemachten Vorschlag und stellt den Antrag, die von Kossbach vorgelegene Kommission ins Leben treten und durch die Professoren Vinz und Kossbach bilden zu lassen. Der Antrag wird vom Kongress durch Affirmation angenommen.

Die um 2 Uhr Nachmittags durch Professor Leyden (Berlin) eröffnete Sitzung brachte die Fortsetzung der in der Hauptsitzung unterbrochenen Reihe kleinerer Vorträge über Spezialfragen der Medizin. — Dr. Thudichum (London) macht sodann einige Mittheilungen über das Opiumrauchen, die von allgemeinem Interesse sein dürften. Vor Allem betont er, daß die Vorstellungen über die schädlichen Wirkungen des Opiums, die durch die Presse verbreitet würden, auf Unwahrheit beruhten und auf die Erfindungen englischer und amerikanischer Missionäre zurückzuführen seien, die durch das Opium gegen den Opium gewiß Einfluß unter der chinesischen Bevölkerung zu gewinnen suchten. Redner demonstriert den Genuß des Opiums an einer Pfeife, die er sich nach chinesischem Muster in England anfertigen ließ. Diefelbe besteht aus einem Holzrohre, sowie einem seitlichen Ansaug aus gebrannter Terracotta zur Aufnahme des Opiumextraktes. Er konstatirt, daß man sich an das Opium so gewöhnen könne, daß man von demselben so viel zu rauchen im Stande sei, als man wolle, ohne eine andere als eine Verdauungsbeschwerde zu bekommen. Dem Opiumrauchen sei sogar eine befruchtigende Wirkung zuzuschreiben. Er selbst hat dasselbe mit Erfolg angewandt gegen Schnupfen, Katarrh, gegen asthmatische Beschwerden (über 60 Asthmatische wurden von ihm auf diese Weise glückw. behandelt), Neuralgie, nervöse Störungen, Ermüdung u. s. w. Wenn der eingefleischte Opiumraucher sich das Rauchen nicht abgewöhnen könne, so liege stets ein verborgenes unheilbares Leiden zu Grunde, gegen welches der Genuß des Opiums dem Kranken Linderung verschaffe. Redner schließt mit der Aufforderung an seine Kollegen, die wohlthätige Wirkung des Opiumrauchens erproben und seine Bedeutung für die Therapie nach Verdienst würdigen zu wollen.

Aus den Verhandlungen der Schlußsitzung am 21. April heben wir nur noch kurz einen Vortrag des Prof. Vinz (Bonn) hervor, der über neuere pharmakologische Präparate sprach und zuerst des Nitroglycerins erwähnt, das bereits vor Jahren in Amerika als beruhigendes Nervennittel angewandt wurde. An seine Stelle trat später das Amylnitrit, welches, gegen krampfartige Zustände der Herzorgane angewandt, leider bei uns in Deutschland nicht die verdiente Würdigung fand. Interessant waren sodann die Mittheilungen, die der Vortragende über das in seiner Wirkung den vorgenannten Präparaten verwandte Natriumnitrit machte und bei welchen er der unter Umständen giftigen Wirkung des Chilisalpeters für den thierischen Körper gedenkt. Wird der Chilisalpeter mit Cerealien zerrieben, so entsteht auf chemischem Wege salpetrigsaures Natrium, welches eine tödliche Wirkung auf das Vieh ausübt; hierdurch erklären sich die Fälle, wo der Chilisalpeter, der irrtümlich unter die Futtermittel des Landwirths gerieth und, mit diesen vermengt, den Thieren gegeben wurde, eine giftige Wirkung äußerte.

Aus der Verwaltung.

Der in Erfurt bestehende Gefängnisverein setzt sich die Aufgabe in die Fürsorge für jugendliche Verbrecher, für entlassene Gefangene und für die Angehörigen der Gefangenen. Die Fürsorge besteht in Anregung von Behörden und Privatpersonen, insbesondere der Anverwandten der Heflinge resp. in eigener Thätigkeit zur Unterbringung jugendlicher Verbrecher zu ihrer Besserung in Familien oder Anstalten; Unterbringung der Entlassenen in Arbeitsstellen, auch Unterstützung derselben bis zur Gewinnung neuen Verdienstes und so lange sie sich der Unterstützung würdig zeigen; Unterstützung der Angehörigen von Gefangenen mit Nahrung, Kleidung oder Feuerung und Arbeitsnachweis. Mitglieder des Vereins sind alle diejenigen, welche sich zu einem jährlichen Beitrag von 3 M. verpflichten. Auch ohne zahlendes Mitglied zu sein, kann jeder dem Vereinszwecken durch Leistung von „Geldern“ (Dienstleistungen, Nachweisung von Arbeitsstellen für entlassene Gefangene, Aufnahme jugendlicher Verbrecher etc.) Gerade hierauf macht der Landrath des Erfurter Kreises die dortige Landbevölkerung unläuglich aufmerksam, indem er anführt, daß die betrübende Wahrnehmung gemacht worden sei, daß der Verein im Landkreise noch gar keine Mitglieder zählt. Hierbei wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß auch in unserer Provinz ein Verein mit gleichartigen Tendenzen besteht und Nächstes über denselben bei dem Direktor der Strafanstalt in Hammisch zu erfahren ist.

Für Benutzung des öffentlichen Schlachthauses in Rassel werden nach dem festgestellten Tarif entrichtet: für das Schlachten und die Untersuchung der Schlachthiere ausschließlich der Untersuchung auf Trichinen, für einen Ochsen 4,50 M., für eine Kuh oder ein Rind 3 M., für ein Schwein 1,75 M., für ein Schaf 75 Pf. und für eine Ziege 50 Pf. Wird Schlachthiere in die Stallungen eingestellt, so ist pro Tag zu entrichten: für Großvieh 25 Pf., für ein Schwein 15 Pf., für Kleinvieh 10 Pf. Die Futtergebühren betragen für Großvieh pro Tag 55 Pf., für Schafe 20 Pf., Ziegengebühren sind von dem im Schlachthause ausgeschlachteten Fleische nicht zu entrichten, wohl aber wird für das Wiegen lebenden Viehes, der Häute und anderer Theile eine Gebühr erhoben und zwar für Großvieh 30 Pf., für Schweine 20 Pf., für Kleinvieh 10 Pf. Derselbe Satz gilt für das Verwiegen vorgedachter Theile eines geschlachteten Stück Viehs.

An Schaugebühren für das von auswärts eingeführte Fleisch werden entrichtet für: einen Ochsen 2,40 M., eine Kuh 1,60 M., ein Schwein 80 Pf., ein Schaf oder ein Kalb 40 Pf., eine Ziege 20 Pf. Für das Einbringen frischen Fleisches von auswärts sind besondere Strafen bestimmt und die Zeit, in der dies nur geschehen darf, auf Vormittags zwischen 7 und 10 Uhr festgesetzt. Besondere Bestimmungen regeln den hierauf bezüglichen Gesamtverkehr.

Aus den Bädern.

Obernigk. Das am Fuße eines nach Osten hin ausgedehnten Höhenzuges, reichend gelegene Dorf Obernigk befindet sich 3 Meilen von Breslau, ist Station der Breslau-Polener Eisenbahn, hat Post- und Telegraphenamt, Apotheke, ist Sitz zweier Aerzte wie zweier Anstalten für Nerven- und Gemüths-Kranke. — Die für einen Kurort bedingenden Eigenschaften sind in anerkannt vorzüglichem Maße vorhanden, indem der Ort am südlichen Abhange eines bewaldeten Höhenzuges (Ausschlüß der Karpathen, vulgo Rabenberge genannt) liegt, welcher 800' über den Spiegel der Ostsee und den Ort nach Norden und Osten gegen die schärferen Winde schützt. Die große Reinheit der Luft mit einem in Folge der prächtigen Wäldungen, Vegetation und Höhenlage, bedeutenden Ozongehalt, sowie das gänzliche Fernbleiben jeglicher Epidemien machen Obernigk zu einem, in sanitärer Beziehung so bevorzugten Orte. Etwa einen Kilometer entfernt, befindet sich inmitten eines, ca. 100 Morgen großen, mit umfangreichen Bäumen durchzogenen, paradiesisch gehaltenen schönen Waldes die zu Obernigk gehörende Badeanstalt „Sitten“ genannt, mit ihren Logishäusern und zwei Restaurationen. Das Bad im Jahre 1835 als Kaltwasser-Heilanstalt à la Gräfenberg gegründet, wurde 1849 zu einem Kiefernadelbad umgestaltet, welchem Zwecke es noch heute in fortgesetzter Verbesserung dient. Die zur Verabreichung gelangenden Kiefernadel-Bäder deren Hauptbestandtheile: Ameisensäure, äther. Öl, Harz und Terpentin, sind angezeigt gegen alle rheumatischen, gichtischen Leiden, Neuralgie, Apoplexie, Nerven-, Muskel- und Unterleibsschwäche, wie zu allgemeiner Kräftigung der Körperkonstitution und weichen seit der Zeit ihres Bestehens eine bedeutende Zahl eklestischer Erfolge auf. Außerdem werden natürlich alle anderen Cools, Kräuter-, Schwefel-, Stahl- und bergleichen Bäder durch Zusatz der Nagebänder bereinigt. Das bei der Bereitung der Kiefernadel-Bäder gewonnene ätherische Öl (Oleum pini sylvestris aeth.) ist ein ganz vorzüglich konzentriertes Produkt, welches sich als wirksame Einreibung bei rheumatischen Leiden, auch zur Verbesserung und Kräftigung der Zimmerluft (durch Veräulung) bewährt. Ein ferneres Erzeugnis, welches durch obigen Prozeß gewonnen wird, ist das destillierte aromatische Waldmoos-Wasser, welches zu Waschungen der Kopfhaut und Stärkung des Haarwuchses sehr geschätzt und angewandt wird. Zu Trink-Kuren sind alle Mineral-Wässer, wie reinste Kuhmilch am Orte geboten. Wohnungen in bester Lage in den Sitten sind zahlreich vorhanden und befinden sich dieselben in nächster Nähe der Bäder wie Restaurationen; andernfalls bietet auch Obernigk eine große Anzahl Quartiere, welche allerdings 1/2 bis 1 1/2 Kilometer vom Bade und Park entfernt liegen.

Die Zahl der jährlich hier zur Kur und in Sommerfrische Weilen den variirt zwischen 600 bis 700 Personen. Die ungefähre Schätzung der Kosten eines hiesigen Aufenthalts zu ermöglichen, mögen hier einige darauf hinweisende Zahlen folgen:

Ein Kiefernadel-Baden-Bad kostet	M. 1,00
„ Nagebänder-Bad exkl. Zusatz	„ 0,70
„ Wasser-Bad	„ 0,60
Kurtage und Promenadengeld pro Saison und Quartier	„ 6,00
Ein möblirtes Zimmer exkl. Betten, pro Woche von 7,50 bis 12 Mark. Pensionen in den Restaurationen pro Tag von Mark 2,50 an; a la carte zu zweien Personen. Bei Wohnungspreisen ist die Dauer der Mietung bei Preisbemessung sehr maßgebend. Die Nähe Breslaus, welches in 35 Minuten drei Mal täglich zu erreichen, bietet den hier Wohnenden bequeme Gelegenheit, nach Belieben die Annehmlichkeiten einer großen Stadt zu genießen; andernfalls wird Obernigk durch die gleiche Verbindung, wie allsonntägliche Extrazüge und sonstige Fahr- erleichterungen von Tausenden zu Ausflügen gern benutzt, was durch eine Saison-Frequenz von rund 21,000 Personen derartiger Besucher hinreichend belegt ist.	

Landwirthschaftliches.

G. Unruhstadt, 25. April. [Landwirthschaftlicher Verein.] Am Sonntage hielt der landwirthschaftliche Verein für Unruhstadt und Umgegend hier eine Versammlung ab, die von Mitgliedern recht zahlreich besucht war. Herr Landwirthschaftslehrer Pfänder aus Posen hielt Vorträge 1) über die Ringelwale und deren Nutzen bei Anwendung für den Ackerbau; 2) über den Anbau der Peluske oder Sanderbeise als Ertrag für die Lupine; 3) über Kalidüngung. Nach Herrn Pfänder hat der Gutsbesitzer Schulz auf Lupis in der Mark zuerst einen Versuch mit Kalidüngung auf Moorboden gemacht und hat darauf ganz vorzügliche Erträge erzielt. Auch fand er, daß nach Kalidüngung der Frost nicht so schädlich auf die Saaten einwirkte. Bei Anwendung der Kalidüngung auf leichtem Sandboden hat sich diese Düngemethode noch mehr bewährt. Zum Schluß gab der Vortragende noch einige Grundstücke an, welche der Landmann zu berücksichtigen habe. 1) Man suche kalkarmen Boden Mergel zuzuführen; 2) man sorge für eine angemessene Fruchtfolge und baue nur eine der Beschaffenheit des Acker entsprechenden Frucht; 3) es darf nur

Wie gehalten werden, als der Ader Futter bringt; 4) es muß Ader alles wieder erstattet werden, was ihm durch die Ernte entzogen ist.

V. Dungwerth des Straßenschlammes. Von Professor Dr. Holbein, Direktor der landwirtschaftlichen Versuchs- und Kontrollstation zu Breslau, ist kürzlich eine Analyse des von den Straßen Breslaus abgefahrenen Schlammes, welcher meist als Material zur Kompostbereitung, auch vielfach selbst direkt als Dünger verwandt wird, ausgeführt worden, welche für die Durchschnittsprobe eines größeren zusammengeführten Haufens folgenden Gehalt ergeben hat: Stickstoff 0,40 pSt., Phosphorsäure 0,27 pSt., Kali 0,29 pSt. und Kalk 3,58 pSt. Prof. Holbein berechnet darnach den Dungwerth des Straßenschlammes im Durchschnitt auf etwa 44 Pf. pro Zentner lufttrockener Masse. — Eine f. z. ausgeführte Analyse von Straßenschlamm einer mit Granit gepflasterten Chaussee in der Nähe von Schmiedel (im Kreise Kottbus), welcher im Frühjahr nach dem Aufthauen des Schnees gesammelt worden war, hat ein ähnliches Ergebnis geliefert; der Gehalt an Stickstoff betrug im letzteren Falle 0,43 pSt.

V. Beseitigung der Dorfseiche. Seitens der Behörden wird gegenwärtig den Dorfseichen oder Puhlen, die in der Regel in den Dörfern selbst oder in deren unmittelbaren Nähe vorhanden sind, eine besondere Aufmerksamkeit zugewandt, weil man in diesen stinkenden Wasseransammlungen mit Recht die Brutstätten von mancherlei Krankheiten vermuthet. Es sollen deshalb diejenigen Seiche, die als gesundheitschädlich erkannt sind, durch Zuschütten beseitigt werden.

Permisches.

„Erinnerungen an Gottfried Kinkel“ werden von Friedrich Althaus in London im Aprilheft der Monatschrift „Nord und Süd“ veröffentlicht. Für weitere Kreise dürfte folgende Stelle von besonderem Interesse sein: „Kinkel begründete zu Ende des Jahres 1860 einen deutschen Nationalverein in London, dessen Programm in allen Hauptpunkten dasselbe war, wie das des gleichnamigen Vereins in Deutschland. Als Präsident jenes Vereins leitete er dann die Diskussion politischer Fragen, besonders der mit der nationalen Entwicklung Deutschlands zusammenhängenden, bis er in die Schweiz übersiedelte. Neuwürdig war in den Anfängen dieser Thätigkeit sein Streit mit Lotbar Bucher. Bucher, gründlich verärgert durch sein einfaches Exil, zerfiel mit sich selbst und der Welt, hielt damals vor den Deutschen in der Londoner Vorstadt Camberwell Vorträge, welche den Zweck hatten, gegen die Ansprüche Preußens auf die Oberherrschaft in Deutschland die Ansprüche Oesterreichs zu befürworten. Ich traf Kinkel eines Abends dort, und das aufgeregte Interesse, die kopschüttelnde, ironisch lächelnde Opposition, womit er der geistvollen, aber uns nicht überzeugende Rede Bucher's folgte, waren äußerst charakteristisch. Er griff Bucher im Nationalverein und im „Germania“ an, und es entspann sich ein Streit, der vorläufig ohne weiteres Resultat blieb, aber von eigentümlichem Interesse ist, wenn man die späteren Schicksale beider Männer bedenkt.“

* Die Feuerbestattung wird in Japan sehr allgemein, es werden jetzt jährlich im Durchschnitt etwa 9000 Leichen verbrannt. Die Leichenverbrennungskammer ist aus Steinen und Zement gebaut und hat einen sehr hohen Schornstein. In der Vorhalle werden rothe Steingut-urnen und kleine Schaufeln feilgeboten, welche die Angehörigen der verstorbenen Personen kaufen, um die Asche der verbrannten Leichen zu sammeln und aufzubewahren. Hinter dieser Vorhalle befinden sich vier Kammern, deren größte mit Granitsäulen geschmückt ist. In dieser Kammer werden Leichen gegen Entrichtung einer Gebühr von einem Yen (etwa 4 Mk.) verbrannt; Familien, welche eine Privatverbrennung wünschen, zahlen fünf Yen. Nach der Leichenfeier

im Hause des Verstorbenen wird die Leiche nach der Verbrennungskammer getragen, wo ein Priester bis 8 Uhr Abends bei derselben wacht. Zur erwähnten Stunde wird das Feuer angezündet und dasselbe brennt die ganze Nacht hindurch. Um 6 Uhr Morgens wird die Asche gesammelt und in eine Urne gelegt, welche oft mit vielem Pomme auf dem Friedhofe beerdigt wird. Kein unangenehmer Geruch entströmt bei der Verbrennung, und dies wird dem hohen Schornstein zugeschrieben. Die Einfachheit dieses Verfahrens ist bemerkenswerth; dasselbe entspricht dem Zwecke ebenso gut als die in Europa angewandten verwickelteren und kostspieligeren Behandlungsweisen. Das Gebäude selbst ist von Heden von Bambusrohr und rothen Kamellen umgeben.

Briefkasten.

R. Soh. hier. Das Gesuch ist an die Verwaltung der Graf Cynosy'schen Stiftung zu Händen des Herrn Oberpräsidenten zu richten. Die Aufnahmebedingungen erfahren Sie am sichersten im Oberpräsidial-Bureau.

B. A. hier. Das Einfangen der ohne Maulkorb umherlaufenden Hunde durch den Abdecker ist, namentlich für das Publikum und insbesondere den Hundebesitzer sehr unangenehm, doch leider im öffentlichen Interesse notwendig. Sie werden uns auch zugeben, daß dem Abdecker die Ausübung seines Geschäfts nicht gerade leicht gemacht wird. Natürlich hat er nicht das Recht, sich dabei der Beihilfe schulpflichtiger Knaben zu bedienen, es wird sich aber fragen, ob er dieselbe in Anspruch genommen hat, oder ob sie ihm freiwillig geleistet worden ist. Was die Ausrüstung des hinzugekommenen Polizeibeamten anbelangt, so hat dieselbe allerdings mit der Sache selbst nichts zu thun, etwas Beleidigendes wird aber kaum darin gefunden werden können. Uebrigens steht Ihnen ja der Beistand offen.

Verantwortlicher Redakteur: E. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

In Bezug auf chiffrirte Annoncen zwingen uns vielerlei zeitraubende und nutzlose Anfragen zu der Erklärung, daß wir durchaus nicht berechtigt sind, die Einfender solcher Annoncen zu nennen. Die betreffenden Reklamenten wollen vielmehr stets schriftlich unter Bezeichnung der im Inserat angegebenen Chiffre ihre Offerten zur Weiterbeförderung uns übergeben und wird dann konvenirenden Falles vom Inserenten direkt Antwort erfolgen.

Stellensuchende thun gut, wenn sie die Beilegung von Original-Attesten unbedingt vermeiden, da wir für die Wiedererlangung derselben keinerlei Garantie übernehmen können. Bei Anfragen, ob von uns gekaufte Loose gewonnen haben, eruchen wir, uns stets die Nummer des Looses angeben und das Rückporto beifügen zu wollen. — Gewinnlisten, gleichwie welcher Lotterie, kosten 50 Pf. inkl. Frachatur.

Schließlich bitten wir auch dringend, allen schriftlichen Anfragen, welcher Art sie auch sein mögen, stets das nöthige Rückporto beifügen zu wollen, widrigenfalls wir dieselben unbeachtet lassen müssen.

Expedition der Posener Zeitung.

Oesterr.-Ung. Die Jury hat die höchste Auszeichnung für Bitterwässer, die Goldene Medaille, der Franz Josef-Bitterquelle zuerkannt und besitzt diese rühmlichst bekannte Quelle die Goldene und Verdienst-Medaille, sowie Diplome der Pariser, Grazer, Melbourne, Frankfurter und ungarischen Ausstellungen, ferner wurde der Eigentümer anerkannt der Wiener Weltausstellung im J. 1873 durch die Allerhöchste Anerkennung Seiner Majestät ausgerechnet.

Keine Arznei,
kein Geheimmittel, sondern ein reines Naturprodukt ist der aus dem Tropen flammende Indische Balsam, welcher nach den Urtheilen kompetenter Personen überraschend in seiner Wirkung gegen rheumatische und giftige Schmerzen ist. Man lese die Annonce in heutiger Nummer.

Hämorrhoidalanlagen des Menschen.

Die verworrenen und irrthümlichen Ansichten über die Hämorrhoiden zu klären und zu berichtigen, war der neueren Zeit vorbehalten. Nach dem heutigen Stande der Wissenschaft kann man die Hämorrhoiden nur als eine Blutentzündungskrankheit ansehen, die ihrem Wesen nach in einem Uebermaß von Kohlenstoff im Blute besteht. Eine erbliche Anlage kann nicht leugnet werden, ebenso bestimmt ist aber auch, daß die Lebensweise einen bedeutenden, wir möchten sagen einen selbst noch entscheidenderen Einfluß auf die Ausbildung der Krankheit ausübt. In dieser Beziehung sind insbesondere folgende Arbeit mit zusammengepreßtem Unterleib und vorgebeugtem Oberkörper, Mangel an Bewegung in freier Luft, Aufenthalt in schlechter, dumpfer Stubenluft, schwer verdauliche Nahrung, angelegte geistige Arbeit, niederdrückende Gemüthsbewegungen, Vernachlässigung einer geeigneten Pflege der Haut u. s. w. anzuführen, und hierin findet denn auch das leider zu häufige Vorkommen der Krankheit eine genügende Erklärung. — Gleich allen anderen Dispositionen entwickeln sich auch die Hämorrhoiden in der Regel nur langsam. In ihrem Verlaufe lassen sich zwei sehr deutlich von einander unterscheidbare Stadien nachweisen, das Stadium der Vorboten und das der entwickelten Krankheit. Einer näheren Beschreibung der die bereits entwickelte Krankheit begleitenden Erscheinungen können wir uns wohl entheben, da dieselben allgemein bekannt sind. Dagegen dürfte es dem Zwecke unserer Abhandlung entsprechen, den in dem Stadium der Vorboten auftretenden Erscheinungen eine kurze Betrachtung zu widmen, da gerade dieser Zeitpunkt der geeignetste zur Heilung der Krankheit ist. Die ersten Erscheinungen sind immer solche einer gestörten Verdauung: Appetitlosigkeit mit momentaner Glüh, Magenbrud, Säure- und Luftentwidelung, daher Aufstoßen, Soda brennen, stich belegte Zunge, unregelmäßiger Stuhlgang, ein bis zweifache Verstopfung, dann wieder Durchfälle mit momentaner Erleichterung, ein Gefühl von Druck, Brennen zwischen Magen und Nabel, Spannung und Aufreibung des Unterleibs, unbehagliches Gefühl zu beiden Seiten des Magens, insbesondere in der linken Seite, kalte Füße bei heißen Händen, Blutandrang nach Kopf und Brust, Gemüthsverwirrung, Neigung zu Aerger, Zorn und Hypochondrie. Treten diese Erscheinungen auf, so säume man nicht, ihnen zu begegnen; je frühzeitiger die Heilung angestrebt wird, desto sicherer ist der Erfolg, desto rascher ist die Heilung zu erwarten, und hierzu ist in der auf langjährige, reiche Hospitalthätigkeit beruhenden Regenerationskur nach Dr. Ribaut, welche in einer Broschüre gleichen Titels, welche bereits in 10. Auflage erschien, ausführlich niedergelegt ist, Jedem das zuverlässigste Mittel geboten. Die Broschüre, in welcher zugleich die Adressen einiger fünfzig, den besseren Ständen angehörigen, Personen in Deutschland und Oesterreich mitgetheilt werden, welche durch die Dr. Ribaut'sche Regenerationskur rasch und gründlich von ihrem Leiden befreit wurden und dies auf Vorfrage jedenfalls gern bestätigen werden, ist in Posen durch A. Spiro's Buchhandlung, in Bromberg durch R. Fischer's Buchhandlung a 50 Pf. zu beziehen.

Grabgitter in Schmiede- und Cuiseisen

empfiehlt mit completer Aufstellung
Posen, Breslauersstraße 38. E. Klug.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 131

zufolge Verfügung vom 16. April 1883 am 19. d. Mts. eingetragen: Bezeichnung des Firmeninhabers: **Der Kaufmann Louis London aus Mogilno.**

Ort der Niederlassung: **Mogilno.**

Bezeichnung der Firma: **Louis London.**

Termessen, den 16. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 132

zufolge Verfügung vom 17. April 1883 am 19. d. Mts. eingetragen: Bezeichnung des Firmeninhabers: **Der Mühlenbesitzer Gustav Sanik aus Seemühl.**

Ort der Niederlassung: **Seemühl.**

Bezeichnung der Firma: **G. Sanik.**

Termessen, den 17. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 133

zufolge Verfügung vom 20. April 1883 am 21. d. Mts. eingetragen: Bezeichnung des Firmeninhabers: **Der Apotheker Ernst Kliche aus Pakosch.**

Ort der Niederlassung: **Pakosch.**

Bezeichnung der Firma: **Ernst Kliche.**

Termessen, den 20. April 1883.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 35

zufolge Verfügung vom 20. April 1883 am 21. d. Mts. bei der Firma **Otto Kliche** (Inhaber **Otto Kliche**) Spalte „Bemerkungen“ eingetragen:

Die Firma ist erloschen.

Termessen, den 20. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Im Firmenregister hier ist unter Nr. 23 die Firma

Abt. Moses Eisenstadt

zu Lissa i. P.

Inhaber der Kaufmann **Abt. Moses Eisenstadt** zu Lissa i. P.

heute gelöscht worden.

Lissa, den 21. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Das Amt des Kammerers, Gemeinde-Einnehmers und Sparassistenten in der Stadt Bomst soll sofort besetzt werden. Reklamenten, welche im Stande sind, eine Kaution von 4500 Mark baar oder in zinstragenden Papieren zu erlegen, werden daher ersucht, sich unter Einreichung ihrer Qualifikations- und Führungsattesten, sowie eines Lebenslaufes umgehend bei uns schriftlich zu melden.

Bemerkung wird ausdrücklich, daß nur mit hinreichenden Qualifikations- und Führungs-Attesten versehenene Bewerbungsgesuche in Erwägung gezogen werden können, dagegen werden alle Gesuche, denen die Qualifikation fehlt, unbeantwortet zurückgelegt werden.

Es ist mit diesem Amt nachstehendes Einkommen verbunden:

a) baare Gehalt . . . 750 M.

b) die übliche Tantieme für die Veranlagung und Erhebung der königlichen Steuern.

c) für drei kleinere Nebenämter und für die Schulassistenten, sofern letztere vom Schul-Vorstand dem Kammerer übertragen werden . . . 185 „

d) als Sparassistenten-Kontrollant, so lange als die Sparkasse existirt . . . 300

Pensionsberechtigt ist nur das baare Gehalt mit 750 M.

Bomst, den 25. April 1883.

Der Magistrat.

Ein bei Ostrowo, Nr. Adelnau, ganz nahe gelegenes

Gartenetablisement

mit Regelpflanz und 17 Morgen Ackerland ist unter günstigen Bedingungen zu verkaufen bzw. zu verpachten. Näheres bei

G. Pawollitzki, Ostrowo.

Eine Pachtung, 3—400 Morgen, fleißig, gel. Off. sub H. H. an

D. Linke, Wronkerpl. 4/5.

Bekanntmachung.

Auf dem Grundstück **Ritschenwalde** 155 stehen a) in Abtheilung III Nr. 1 100 Thaler nebst 5 Prozent Zinsen seit dem 25. März 1823 für die **Wilhelm Neumann'sche** Nachlassmasse eingetragen.

Die Lösung dieser Post kann nicht erfolgen, weil die Gläubiger nicht zu ermitteln.

b) unter Nr. 2 11 Thlr. 20 Sgr. 10 Pf. für die Kasse des vormaligen Landgerichts zu Posen. Lösung kann nicht erfolgen, weil das über die Forderung gebildete Dokument, bestehend aus der Abschrift des Grundbuchblattes, der Kostenrechnung vom 12. Juni 1829 und der Ingeprovisionsnote vom 13. Juli 1833 verloren gegangen.

c) unter Nr. 8 47 Thlr. 8 Sgr. 5 Pf. für **Mathias Polchu**, auf Grund des Erbgesetzes vom 10. Februar 1835

4. März 1836

die durch Erbgesetz vom

10. Januar 1838

21. Februar 1838

zu gleichen Antheilen auf **Franz Polchu** und **Franziska Pilarzka** übergegangen und nach Lösung des Antheils der Letzteren nur noch in Höhe von 23 Thlr. 19 Sgr. 2 Pf. validiren.

Auch diese Post kann wegen Verlustes des Dokuments, bestehend aus dem Erbgesetze vom 10. Februar 1835

4. März 1836

den Ingeprovisionsvermerk vom 20. Januar 1837 und 2. April 1840, sowie dem Hypotheken-Refognitionscheine vom 20. Januar 1837 nicht zur Lösung gebracht werden.

Auf den Antrag des Grundstücks-Eigentümers **August Krüger** in **Ritschenwalde** werden alle diejenigen, welche auf die gedachte Post Ansprüche zu haben meinen, sowie die Inhaber der bezeichneten Hypotheken-Dokumente aufgefordert, dieselben spätestens

im Aufgebotstermine

den 25. September cr.,

Vormittags 10 Uhr,

anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls sie mit ihren Ansprüchen auf die Post ausgeschlossen und die Urkunden für kraftlos erklärt werden.

Posen, den 23. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Der Amtsrichter **Ludwig Albrecht Kollisch** zu **Neumischel** und **Fraulein Selma Weise** zu **Alt-Webern** bei **Wienitz**, welche die Ehe mit einander eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem Publikationstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

Freitag, den 27. April d. J.,

Vormittags 11 Uhr,

werde ich im Pfandkammerlokale der Gerichtsvollzieher

5 Fleischtkeulen und ein ausgeflachtetes Kalb mit Leder

öffentlich meistbietend zwangsweise versteigern.

Posen, den 26. April 1883.

Kajet,

Gerichtsvollzieher in Posen.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Groß-Wjocko** sub Nr. 41 belegene, den **Stephan und Catharina Stachurski'schen** Eheleuten gehörige Grundstück **Kartenblatt 1 Nr. 336/200 a und b, 385/274, 406/206, 407/206 a und b, Kartenblatt 2 Nr. 58/46** der Gemarkung **Groß-Wjocko**, welches mit einem Flächeninhalt von 2 ha 47 a 20 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 18,78 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 45 M. veranlagt ist, soll behufs Zwangsversteigerung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 6. Juni 1883,

Vorm. um 10^{1/2} Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 2, versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstück u. alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können in der Gerichtsschreiberei Ia des unterseich-

neten Rgl. Amtsgerichts während der gewöhnlichen Sprechstunden Vormittags von 11 bis 1 Uhr eingesehen werden.

Diesem Personen, welche Eigentum oder welche hypothetisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem Publikationstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 7. Juni 1883,

Vormittags 10^{1/2} Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 2 anberaumten Termine öffentlich versteigert werden.

Die Versteigerungs-Kaution beträgt 188 M.

Ostrowo, den 5. April 1883.

Königl. Amtsgericht.

Dom. Lubosch b. Pinne

hat zu verkaufen:

1) 1 Hengst, Fuchs, 4 Jahre alt, 1,69 Mtr. groß, rein Trakehner Abstammung, breit, als Deckhengst brauchbar.

2) 1 Fuchs, 6 Jahre alt, 1,70 Mtr. groß, ruhiges aber flottes Wagenpferd, auch geritten. Mutter: englisch Vollblut. Vater: Trakehner.

Frische fette **Hieler Sprotten** empfiehlt

J. N. Leitgeber.

Moselweine

a 60 und 80 Pf. per Flasche

Jul. Jgn. Löwingsohn,

Schloßstr. 84.

Gelegenheitskauf.

Zweithür. Gelbfeld, mit zwei gepanz. Tretern, ferner: u. diebstahnsicher, ist sehr billig zu verkaufen **St. Martin 27, part. r.**

Adressen leistungsfähiger Agenten für Gesindevermittlung werden erbeten vom

Gut Weidenbrunn b. Schmalkalden,

Provinz Hessen-Nassau.

Gegen Magenkrampf sofortige sichere Hilfe durch **Urban'schen Ingwer-Extrakt** in Flaschen à 1 u. 2 Mark bei **Ed. Jekert jun. in Posen.** **S. Samter jun. in Bromberg.** **Jul. Schottländer in Bromberg.**

Chilifalpeten,

sowie alle anderen künstlichen Düngemittel sofort und später zu liefern erlassen billigst

G. Fritsch & Co., Friedrichstr. 16.

Armaturen für Bierdruck-

Apparate

liefert die Metallwaarenfabrik von **A. Florstedt, Halle a. S.**

Zeichnungen u. Preisfouranten gratis.

Zum Kauf werden gesucht

2 Mahlgänge, komplet, mit französischen Steinen. Offerten abzugeben Markt Nr. 42 im 1. Stod.

Atelier

für künstliche Zähne, Plombiren etc.

G. Riemann, Zahntechniker.

Betriebstr. Nr. 1, II.

In meiner Pension

Colberger - Wände

finden vom 15. Mai ab Sommerpens. freundliche Aufn., gewissenh. Pflege.

Frau Helene Lewinthal,

Colberg.

Damen finden Rath und Hilfe in jed. Angelegenheit bei **Fr. Gärtner's Hebamme,**

Berlin, Köpenickerstr. 87.

Ein Dampfkessel,

30' lang, 5' Durchmesser, mit Feuerrohr, 2' Durchmesser u. d. Armatur, 4 Atm. Dampfspannung, ist wegen Einlegen eines größeren Kessels billig zu verkaufen. Näheres bei

G. Schneider.

Exemplin.

